

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

78/13

ZIMBABWE

Parlaments-
wahlen?

LESOTHO

König besucht
Österreich

SÜDAFRIKA

Kentridge und Johannesburg



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 20151, Konto 610 512 006; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Tinga-Tinga aus Tanzania

Mehrere Ölgemälde dieser populären und lebendigen Kunstrichtung (Tiermotive und Kariakoo-Markt, Format ca. 60x60) sind um € 50,- bei SADOCC erhältlich.

Interessent/inn/en wenden sich bitte an office@sadocc.at.



3 Parlamentswahlen in Zimbabwe?

Zimbabwe befindet sich in einer entscheidenden Phase seiner politischen Entwicklung. Simone Knapp mit den neuesten Informationen aus Harare



spektrum **9**

11 Interview mit Peter Jankowitsch zum 80er

Der ehemalige österreichische Außenminister über sein Verhältnis zu Afrika

König Letsie III. auf Staatsbesuch **13**

15 HIV in Swaziland

Engagierte Ärzte und Schwestern halten das Gesundheitswesen in Afrikas absoluter Monarchie aufrecht. Zwei heimische Parlamentarierinnen auf Lokalausweis

Südafrikas Landwirtschaft zwischen Saatgut-Multis und Eigenvorsorge **18**

22 William Kentridge

Anna Schweighofer über neue Arbeiten des südafrikanischen Künstlers – und welche Rolle dessen Heimatstadt dabei spielt

Rezensionen **26**

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Andreas Bohne/SODI, John Fraser/IPS, Baboki Kayawe/IPS, Simone Knapp/KASA, Adalbert Krims, Martina Penzenauer, Walter Sauer, Anna Schweighofer, Magdalena Waygand. **Fotos:** Petra Bayr, Andreas Bohne, William Kentridge, Simone Knapp, Jakob Krameritsch, Adalbert Krims, Peter Lechner/HBF, OECD, Österreichische Nationalbibliothek, SADOCC, Walter Sauer. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 7. Juni 2013. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.

Zimbabwe und die Wahlen

Ein politischer Reisebericht

Nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung beherrscht die Frage nach dem Termin der Parlamentswahlen die politische Diskussion. Das Schicksal des früher oppositionellen, in der Regierung stark verbrauchten Movement for Democratic Change (MDC) ist dabei ebenso offen wie die Nachfolge von Staatspräsident Robert Mugabe. Die Überwindung der internationalen Isolation würde vermutlich zu noch mehr neoliberaler Wirtschaftspolitik führen – oder doch nicht? Simone Knapp (KASA) hat diese Fragen im April in Zimbabwe diskutiert.

Unser Taxifahrer in Zimbabwes Hauptstadt Harare schlängelt sich durch den Feierabendverkehr, vorbei an den neuesten Modellen der Nobelkarossen, röhrenden Bussen und Straßenhändlern, die die Rotphasen der Ampeln zu Verkaufsgesprächen auf der Straße nutzen. Das Auto klappert über die vielen Schlaglöcher einer Nebenstraße. Der Fahrer kennt sich aus, fährt schon seit vielen Jahren Taxi. Doch die Konkurrenz ist groß, viele junge Männer drängen in das Business, denn mit einer Arbeitslosigkeit von etwa 90 Prozent erscheint Taxifahren immer noch als gute Einkommensquelle. „Hoffentlich finden die Wahlen bald statt, damit wir endlich wieder leben können!“, kommentiert er unsere Frage nach der Lage der Nation.

Und in der Tat scheint der Wahltermin das alles beherrschende Thema zu sein. Also nicht etwa die Frage, wer sie gewinnt und mit welchem Konzept, welcher Vision für das am Boden liegende Land. Sondern ganz einfach nur die Frage nach dem Wann.

Der Grund hierfür liegt in der derzeitigen politischen Konstellation im

Land und dem Stillstand, den diese verursacht hat. Alle hoffen darauf, daß die Wahlen den Gordischen Knoten zerschlagen und einen Aufbruch bringen könnten.

Aber wie ist es soweit gekommen?

Gordischer Knoten

Zimbabwe wird nach einem blutigen und verlustreichen Befreiungskampf gegen das weiße rassistische Regime unter Ian

Smith 1980 unabhängig, die ZANU gewinnt in einer ersten freien Wahl, und Robert Mugabe wird der erste demokratisch gewählte Präsident Zimbabwes. Soweit, so gut und bekannt.

Die ersten erfolgreichen Jahre des noch jungen Landes werden stark getrübt durch das Gukurahundi-Massaker in Matabeleland und die darauffolgende Einverleibung der einzigen Oppositionspartei ZAPU

durch die Regierungspartei. Daraus entsteht die ZANU-PF, die bis zu den Wahlen 2000 unangefochten regieren

kann. Aus einer zivilgesellschaftlichen Bewegung für eine neue Verfassung entsteht 1999 die erste echte Herausforderung für die ZANU-PF: Die Bewegung für demokratischen Wandel MDC, die ihren Rückhalt besonders in den Städten und im Matabeleland hat. Die restlichen, eher ländlichen Gebiete hingegen bleiben fest in ZANU-PF-Hand. Je mehr Boden die MDC gewinnt, desto brutaler bekommen ihre Anhänger die Staatsgewalt



Schlaglöcher auch vor dem Hauptquartier der ZANU-PF in Harare

zu spüren. Polizei und Militär verlieren jegliche Unparteilichkeit und schlagen erbarmungslos auf Demonstranten,

vermeintliche MDC-Sympathisanten und Aktivisten ein. Menschenrechtler werden verhaftet, die Presse mundtot gemacht, die Justiz ausgehebelt und die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Gleichzeitig geht die Wirtschaft den Bach runter, die Inflation steigt ins Unermeßliche, und die Menschen kämpfen immer verzweifelter ums Überleben.

Mugabe und die ZANU-PF erhöhen im Vorfeld der Wahlen von 2008 den Druck auf die Opposition. Die Diamanten aus den Marangefeldern, deren „Entdeckung“ 2006 bekannt geworden ist und eine Welle von Menschenrechtsverletzungen ausgelöst hat, dienen dem Regime zur Finanzierung von Paramilitärs und marodierender Jugendlicher, die Angst und Schrecken unter den Anhängern der Oppositionsparteien verbreiten. Die MDC als Partei lebt

Wahlen von Gewalt geprägt

hauptsächlich von der Anti-Haltung zu Mugabe bzw. der ZANU-PF und ist bald intern so zerstritten, daß sie sich spaltet. Die größere der beiden MDCs wird von dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär Morgan Tsvangirai angeführt. Er gilt dem Westen als verlässlicher Partner und als Garant für eine Zukunft Zimbabwes innerhalb der Weltgemeinschaft – gemeint ist damit, daß er wirtschaftlicher Neoliberalität nahesteht.

Im März 2008 sollen sowohl das Parlament als auch der Präsident neu gewählt werden, der Wahlkampf ist erbittert und spaltet die Nation. Für die ZANU-PF ist eins klar: wer nicht für uns ist, ist gegen uns und wird mit allen Mitteln bekämpft. Und trotzdem nützt es nichts. „Mugabe konnte bei der Wahl gar nicht so viel betrügen, als daß es gereicht hätte“, erzählt uns eine Kollegin bei unserem Besuch in

Kariba-Staudamm: Kein

Vor fast 60 Jahren wurde die lokale Bevölkerung aus dem Zambezi-Tal abgesiedelt, um den Weg für den Bau des Kariba-Staudamms frei zu machen. Bis heute haben sie davon aber nicht profitiert.

Die frohe Zukunft, welche die Errichtung des Kraftwerks für die Menschen in Zimbabwe und Zambia einleiten sollte, erreichte die Umgesiedelten und ihre Nachkommen leider nicht. Die meisten Siedlungen, in welche die etwa 57.000 Menschen aus dem Zambezi-Tal gesteckt wurden, haben bis heute keine Elektrizität.

Der 69-jährige Samson Nyowani zum Beispiel war 15, als er sein Heim in Chipepu, an der Stelle des heutigen Staudamms, verlassen mußte. Er lebt heute zirka 60 Kilometer nördlich, in Sitikwi, einem Dorf im Distrikt Lusitu in Zambia. Sitikwi habe keinen elektrischen Strom, und das Erdreich sei wenig fruchtbar, erzählt er. *„Wir haben hier keine Energie, auch nicht für die Schulen und Gesundheitsposten, eine traurige Situation nach all dem, was wir bei der Umsiedlung durchmachen mußten. Die damalige britische Kolonialregierung versprach alles, aber nichts wurde gehalten.“* Obwohl er damals ein Teenager war, erinnert er sich an die Ereignisse, als wären sie gestern passiert. Von der derzeitigen Regierung erwartet er, daß sie etwas für die Verbesserung der Situation tut. Eine Beamtin der Distriktverwaltung in Siyavonga, Hope Mpundu, erklärt zwar, daß man sich der Herausforderungen, vor denen die umgesiedelten Gemeinschaften stünden, bewußt sei; die Regierung liefere ihnen Nahrungsmittelhilfe und errichte Bewässerungsanlagen. Aber selbst sie hält das nicht für ausreichend. *„Es müßte mehr getan werden, denn bevor sie hierherkamen, verließen hier andere Menschen das Land, weil es unfruchtbar ist. Es ist hier viel trockener als im Zambezital.“* Subsistenzproduktion für die etwa 3.000 Personen, die in Sitikwi leben, ist schwierig. Die Ernten an Mais und einheimischen Gemüsesorten sind unter anderem wegen der großen Hitze mager. Immer wieder gibt es Dürreperioden, die Leute müssen hungern. Frank Mudimba, der Sprecher des *Basilwizi Trust*, einer Nichtregierungsorganisation, die für Reparationszahlungen an die Umgesiedelten eintritt, erklärt das *Gwembe Valley Development Programme*, das die

Strom für die BaTonga

zambische Regierung unter Präsident Kaunda für die Region gestartet hat. Kliniken, Bewässerungsanlagen und Staudämme wurden errichtet und die Häuser der Chiefs elektrifiziert. Als aber 1991 Frederick Chiluba die Präsidentschaft übernahm, wurde das Budget gestrichen. „Die weitere Expansion wurde dadurch gestoppt, nur Weniges läuft noch weiter und wird von den Dörfern getragen. Und auf der Seite von Zimbabwe gab es überhaupt kein solches Programm.“

Madam Siankusule war acht Jahre alt, als ihre Eltern aus Chipecu nach Lusitu übersiedeln mußten. In Chipecu, berichtet sie, sei die Wassersituation gut gewesen, die Böden waren fruchtbar, und die Ernten entsprechend gut. Nun hätten sie mit Dürre zu kämpfen. Ebenso wie Herr Nyowani und viele andere wünscht sie sich die Elektrifizierung des Dorfes, beginnend mit den Schulen, denn die würden den Strom am Nötigsten brauchen.

Elizabeth Karonga, die Public Relations-Managerin der *Zambezi River Authority (ZRA)*, sagt auf Anfrage, die lokalen Verwaltungen seien mehr mit der Wohlfahrt der Wildtiere beschäftigt als mit jener der hier lebenden Menschen (die Tiere waren damals im Rahmen der sog. *Operation Noah* aus dem überfluteten Tal gerettet worden). Abgesehen von den Arbeitern, die beim Bau des Staudamms beschäftigt waren, habe niemand von den 57.000 Umgesiedelten davon profitiert.

1997 gründete ihre Firma im Rahmen einer *corporate social responsibility*-Politik den *Zambezi Valley Development Fund (ZVDF)*. In diesen fließt jährlich ein Prozentsatz der Erträge, die von den Elektrizitätsverwaltungen Zimbabwes und Zambias überwiesen werden. Daraus werden Unterstützungsmaßnahmen für die Dörfer der Umgebung finanziert – ob genau die Umsiedler/innen oder ihre Nachkommen davon profitierten, wisse sie aber nicht. Die betreffenden Dörfer seien Lisutu, Nkandabbabwe und Nkolongoza in Zambia sowie Nyamhunga, Gatche Gatche und Mlibizi in Zimbabwe.

Herr Nyowani weiß, daß er nie wieder dorthin zurückgehen wird können, wo seine Familie einst lebte. Aber er fordert von den Behörden, mehr zu tun, um das jetzige Leben erträglicher zu machen. Und die Elektrifizierung wäre ein guter Start dafür.

Baboki Kayawe (IPS, www.mulonga.net)

Harare 2009. „Wir wissen, daß Morgan [Tsvangirai] gewonnen hat. Die Leute haben aber nicht ihn gewählt, sie haben Mugabe abgewählt!“

MDC gewinnt klar die Parlamentswahlen – und Mugabe muß dies zugeben, denn die Wahlergebnisse werden für alle sichtbar an den jeweiligen Wahllokalen aufgehängt. Nicht so die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl. Die werden einen Monat lang zurück



Jugendliche Demonstranten mit Wasserwerfern auseinandergetrieben (2007)

gehalten. Das Land ist wie gelähmt, steht unter Strom. Dann endlich verkündet Mugabe, daß keiner der beiden Kandidaten – gemeint sind er und Morgan Tsvangirai – die erforderliche Mehrheit von über 50 Prozent erreicht habe und eine Stichwahl nötig sei.

dann beginnen für die Menschen in Zimbabwe die dunklen Monate, in denen Militär, Polizei und sogenannte Kriegsveteranen das Land mit einer unbeschreiblichen Welle von Gewalt überziehen, um die Stichwahl bereits im Vorfeld zu entscheiden – sie haben Erfolg, denn Tsvangirai zieht seine Kandidatur zurück und Mugabe wird für weitere sechs Jahre als Präsident vereidigt.

Paul Themba Nyathi, ein ehemaliger ranghoher ZAPU-Kämpfer und heutiger Oppositionspolitiker in der MDC-M bezieht die Ereignisse von

2008 auf Gukurahundi: „Wenn man dagegen Stellung bezogen hätte, als Mugabe die fünfte Brigade in Matabeleland einrücken ließ, wenn der Rest der Welt, wenn Zimbabwe gesagt hätten, wir lassen das alles nicht zu und wäre jeder, der sich schuldig



Arthur Mutambara (MDC-M), Robert Mugabe (ZANU-PF), Morgan Tsvangirai (MDC-T) und Thabo Mbeki (Südafrika) bei der Unterzeichnung des Global Political Agreement im September 2008

gemacht hat, zur Rechenschaft gezogen worden, bezweifle ich, daß wir von 29 Toten im Vorfeld dieser Wahlen sprechen müßten.“

Doch der Wahlbetrug ist so offensichtlich, der Einfluß des Militärs so eklatant, daß die *Southern African Development Community* (SADC) unter Federführung des damaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki die ZANU-PF in eine Koalitionsregierung mit der MDC zwingt. Diese Regierung der Nationalen Einheit (GNU) soll als Übergangsregierung fungieren, eine neue Verfassung erarbeiten und eine Wahl-, Medien- und Sicherheitsreform durchführen. Vor allem aber soll sie die Menschenrechtsverletzungen stoppen und die Lebensbedingungen verbessern.

Mugabe und die ZANU-PF schaffen es trotz der Einflußnahme seitens

der SADC, wichtige Ministerposten für sich zu sichern und dadurch nur wenig Macht und Einfluß abzugeben. Zwar erhält Tsvangirai den Posten des Ministerpräsidenten, doch die letzte Entscheidungsbefugnis liegt laut Verfassung beim Präsidenten selbst. Die Macht über das Militär gibt die ZANU-PF ebenso wenig ab wie die Ministerposten im Bereich Bergbau, Inneres und Justiz. Dagegen darf Tendai Biti von der MDC die leeren Kassen als Finanzminister verwalten.

Die Verfassungsreform aber kommt nur schleppend in Gang, wird immer wieder torpediert von der ZANU-PF, die Angst hat, durch den Willen des Volkes an Macht zu verlieren. „Scheinbar hat Präsident Robert Mugabe nicht genug Vertrauen in ihre Fähigkeit, eine freie und faire Wahl zu gewinnen. Warum unterstellt er, daß, wenn seine Gegner die Medien frei nutzen könnten, er die Wahlen verlieren würde?“, fragt Geoffrey Nyarota, Verleger der Tageszeitung *Daily News*, die nach ihrer Zerstörung durch eine Bombe und nach einer teilweisen Umsetzung der Medienreform nun wieder erscheinen kann.

Der Grund mag vielleicht auch darin liegen, daß die ZANU-PF schon lange keine Partei mehr ist, sondern nur noch aus Kleptokraten und „Sekurokraten“, wie die Zimbabweer sie nennen, besteht. Diese sichern sich ihren Einfluß auf die wenigen noch vorhandenen Staatsressourcen und Bodenschätze, als würde das Land ihnen gehören. Als Rechtfertigung dient ihnen ihre Beteiligung am Befreiungskampf.

Die MDC ist dagegen oft hilflos, unerfahren im Taktieren und machtlos

im Versuch, Reformen durchzusetzen. Sie verliert mehr und mehr an Boden und Vertrauen in der Wählerschaft, da sich die Situation kaum merklich verbessert und Versprechungen nicht eingehalten werden. Zwar bringt die Einführung des US-Dollars und die Abschaffung der eigenen Währung eine Erleichterung: Die Warenlager werden wieder gefüllt, Benzin ist vorhanden und die Wirtschaft nimmt etwas Fahrt auf. Doch um einkaufen zu können, braucht man die Devisen, die nur die wenigsten besitzen. Die Preise sind dazu noch enorm hoch.

Gleichzeitig mehren sich jedoch die Hinweise auf Korruption auch auf Seiten der MDC. Es werden Vorwürfe laut, die Politiker würden sich kaufen lassen.

Von Einheit ist weder innerhalb der Koalitionsregierung noch in den einzelnen Parteien etwas zu spüren. Besonders betrifft dies die ZANU-PF, in deren Reihen sich verschiedene Fraktionen bei der Frage nach der Nachfolge des inzwischen 89jährigen Mugabe intern bekämpfen. Mugabe selbst nennt keine Namen; seine „legitime“ Nachfolgerin, Vizepräsidentin Joyce Mujuru, hat nach dem Tod ihres Mannes, Oberst Solomon Mujuru, an Rückhalt verloren. Einer der gehandelten Kandidaten ist der mächtige und gefürchtete Verteidigungsminister Em-

merson Mnangagwa, ein erfahrener Spion und Widerstandskämpfer, dessen Namen viele Zimbabweer mit dem Gukurahundi-Massaker und der Gewaltwelle nach den Wahlen im März 2008 in Verbindung bringen. Viele auch innerhalb der ZANU-PF haben Angst davor, daß Mugabe doch irgendwann sterben und dadurch ein Machtvakuum entstehen könnte, das im schlimmsten

MDC: Wenig Kompetenzen

Fall in einen Bürgerkrieg zwischen den unterschiedlichen Gruppen münden könnte.

Auch die MDC scheint manchmal nicht mehr zu sein als ein Sammelbecken des Widerstands gegen Mugabe, ohne eigenes Konzept und bar jeder Vision für einen Neuanfang. Einer unserer Gesprächspartner aus der Zivilgesellschaft erklärt uns: *„Wir Zimbabwer sind sehr sozialistisch geprägt, wir halten nichts von Neoliberalismus und Freihandel. Die MDC ist nicht unsere Partei, aber derzeit erscheint alles besser als die*

Chancen für die Linke?

derweil bringen sich sämtliche Geberorganisationen und -länder wieder in Stellung. Die EU hat bereits signalisiert, daß sie nach freien und fairen Wahlen die sogenannten zielgerichteten Maßnahmen vollends aufheben, also alle noch von einem Reiseverbot betroffenen Individuen der zimbabwischen Elite von der Liste streichen und

die Konten wieder freigeben, würde. Dann stünden auch neuen Krediten und Investitionen nichts mehr im Wege – trotz eines bisher ungelösten Schuldenproblems, das sich derzeit auf geschätzte sieben bis neun Millionen US-Dollar belaufen soll. Wenn es jedoch um Investitionen aus dem Ausland geht, sind enorm unterschiedliche Diskussionslinien im Land auszumachen. Für die einen kommt die Wirtschaft nur mit ausländischem Geld wieder in Schwung (derzeit soll die Wirtschaftsleistung des Landes bei nur etwas 30 Prozent ihrer Möglichkeiten liegen).

Für die anderen sind die Erfahrungen aus den bisher nicht bezahlten Schulden und dem aufgeschobenen Schuldendienst sowie die Erfahrungen der Strukturpassungsmaßnahmen der 1990iger Jahre noch zu dramatisch, als daß sie wieder frisches Geld aus dem Ausland investiert sehen möchten. Für die beiden Organisationen ZIMCODD und Afrodad, die sich mit der Schuldenfrage in Zimbabwe intensiv beschäftigen, sind zwei Stoßrichtungen klar: mehr Transparenz einerseits und mehr

Steuergerechtigkeit andererseits. *„Wir wollen, daß unsere Ressourcen allen zugute kommen, nicht nur einer kleinen Elite“*, meint Patricia Kasiamhuru, die Direktorin von ZIMCODD.

Geld wäre genug vorhanden und wird auch im Land investiert. Dies kann man besonders in Harares Stadtviertel Borrowdale Brooke deutlich sehen, wo besonders seit dem Krisenjahr 2000 die Villen der Neureichen wie Pilze aus dem Boden schießen.

Parallel dazu, und scheinbar losgelöst von der Debatte Sanktionen und das gestörte Verhältnis zu Europa, haben die Unterhändler der EU mit der Regierung der Nationalen Einheit über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) verhandelt. Und nun hat Zimbabwe als erstes afrikanisches Land das Interimsabkommen unterzeichnet und vom Parlament ratifizieren lassen – zum Entsetzen der übrigen SADC-Länder, die sich vehement gegen eine solche Freihandelspolitik zur Wehr setzen, um ihre lokale Wirtschaft nicht zu gefährden.

Als wir am Rande einer Buchpräsentation in Harares berühmtem *Book Cafe* den EU-Botschafter Aldo Dell’Ariccia darauf ansprechen, winkt er ab und meint: *„Zimbabwe ist das kapitalistischste aller afrikanischen*

Länder – da müssen sie auch beide Seiten der Medaille akzeptieren! Außerdem unterstützen die EPAs vor allem die Kleinbauern, die jetzt von der Landreform

profitiert haben, in ihrem Zugang zum europäischen Markt.“

Ungeachtet dessen, daß wir als KASA mit Nachdruck nicht der Meinung sind, daß Kleinbauern von den EPAs jemals profitieren werden – denn sie können mit unserer immer noch subventionierten Agrarindustrie bei weitem nicht mithalten –, sind die Implika-



Verkaufen als Überlebensstrategie: Straßenhändler in Mbare

ZANU-PF. Da nehmen wir selbst jemand wie Tsvangirai in Kauf!“

Nun scheint sich allerdings innerhalb der MDC etwas zu bewegen. Es werden neue, politisch erfahrenere Mitglieder angeworben und motiviert, Verantwortung zu übernehmen. Am Ende einer Gesprächsrunde bei NANGO (Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen) meinte ein Teilnehmer auf die lapidare Bemerkung, Zimbabwe bräuchte eine echte linke Alternative: *„Wir werden bald eine echte sozialistische Partei gründen, doch jetzt muß erst mal die MDC ihre Chance bekommen.“*

Bauern im Aufschwung?

tionen, die diese Aussage bezüglich der Landreform treffen, interessant. Der EU-Botschafter geht anscheinend davon aus, daß die Umverteilung von Land zugunsten von Kleinbauern stattgefunden hat und daß diese so viel produzieren, daß sie auch in die EU exportieren können. Eine Einsicht, die er vielen in Europa voraus hat, wo die Landreform trotz inzwischen veröffentlichter Studien mit positivem Resümee immer noch als Fehlschlag eingestuft wird.

Nun wird also wieder ein Wahltermin gesucht: ob Juni/Juli oder September/Oktober hängt dabei von vielen Faktoren ab. Da in Zimbabwe immer

SADC verschiebt Gipfeltreffen

Das Treffen der Staatschefs des Südlichen Afrika, das am 10./11. Juni in Maputo hätte stattfinden sollen, wurde auf Bitten Präsident Mugabes kurzfristig verschoben. Es soll nun für einen späteren Zeitpunkt nach Südafrika einberufen werden.

Dem zimbabwe'schen Finanzminister Tendai Biti (MDC) zufolge soll die Verschiebung durch ZANU-PF auf dem Weg über das Außenministerium erbeten worden sein mit der Begründung, der Präsident benötige mehr Zeit, um die Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichts zu studieren. Dieser hatte Anfang des Monats Parlamentswahlen bis 31. Juli gefordert (die von Mugabe favorisierte Option). Premierminister Morgan Tsvangirai treten hingegen für einen späteren Wahltermin ein, um durch Reformen der Wahlgesetze Freiheit und Fairneß der Wahlen besser garantieren zu können.

Minister Biti führt die Verschiebung auf die Sorge von ZANU-PF zurück, die SADC-Vertreter würden sich ebenfalls für einen späteren Wahltermin aussprechen, was den erhofften Wahlerfolg der Partei in Frage stellen könnte. (Red.)

alles doppeldeutig zu sein scheint, ist eine Analyse dessen, wer was wann sagt unerlässlich. Wenn im Juni/Juli Wahlen stattfänden, wie Präsident Mugabe es fordert, könnten sie aufgrund der anstehenden Internationalen Tourismusmesse im August nicht so gewaltvoll ablaufen wie die letzten im Jahr 2008. Zimbabwe braucht das Geld und das Prestige, das diese Messe verspricht. Gleichzeitig weiß Mugabe aber auch, daß wenn er A



Baba Jukwa

sagt, Tsvangirai B sagen wird – in diesem Fall für die Wahlen im Herbst plädieren würde. Und genau so ist es. Tsvangirai begründet dies mit der zu geringen Zeitspanne, um alle für faire Wahlen erforderlichen Reformen auf den Weg zu bringen. Doch je mehr Zeit vergeht, desto unsicherer wird ein klarer Wahlsieg der MDC, auch ohne viel Wahlbetrug von Seiten der ZANU-PF. Das wiederum weiß Mugabe.

Derzeit läuft die Einschüchterungsmaschinerie bereits auf Hochtouren. Mugabe selbst läßt keine Gelegenheit aus, um für Frieden und Gewaltlosigkeit zu werben. So bleibt er selbst unantastbar. Gleichzeitig werden Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitiker verfolgt, beobachtet, werden sie und ihre Familien bedroht. Es ist eine psychologische Kriegsführung im Gange, die von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, die aber umso mehr an den Nerven der

Betroffenen zehrt und Unsicherheit verbreiten soll.

Allerdings scheinen diese Einschüchterungsversuche weder die Aktivisten noch den Facebook-Helden *Baba Jukwa* daran zu hindern, ihre Meinung kundzutun und sich für ein demokratisches Zimbabwe mit vielen kreativen Mitteln einzusetzen. Baba Jukwa ist ein Phantom, das aus dem inneren Zirkel der Macht berichtet und geheime Informationen in die Öffentlichkeit trägt. Es ist gleichzeitig ein Phänomen, „das den öffentlichen Raum zu demokratisieren hilft. Denn in autoritären Staaten, in denen Informationen zensiert und Medien gegängelt werden finden Bürger die unterschiedlichsten Wege, um Informationen zu teilen, die der Staat nicht kontrollieren kann“, kommentiert Pedzisai Ruhanya vom *Zimbabwe Democracy Institute*.

Baba Jukwa hat bereits 10.000 Follower, seine Informationen werden in Kneipen und Bars, am Familientisch und in Kabinettsitzungen diskutiert. Er ist bezeichnend für die vielen parallel und im geheimen laufenden Debatten und Strategien, um endlich einen Wandel in Zimbabwe hervorzubringen. Und er ist ein Hoffnungszeichen für den Widerstand – denn bisher ist es der Staatsmacht weder gelungen, ihn ausfindig noch mundtot zu machen. Eines ist klar und wird von allen unseren Gesprächspartnern in Harare immer wieder betont: eine Lösung für Zimbabwe kann nur aus Zimbabwe selbst kommen.

Simone Knapp ist Koordinatorin der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg (www.kasa.woek.de). Gemeinsam mit ihrem Kollegen Boniface Mabanza besucht sie ein Mal im Jahr Zimbabwe, um dort mit Kolleg/inn/en die aktuelle Lage zu erörtern.

...spektrum...

Neue Verfassung für Zimbabwe.

Präsident Robert Mugabe hat durch seine Unterschrift am 22. Mai 2013 die neue Verfassung in Kraft gesetzt, die an die Stelle des 1979 unter starker Beteiligung Großbritanniens verfaßten und seither häufig novellierten Grundgesetzes tritt. Damit ist auch der Weg frei für die Abhaltung der Parlamentswahlen, deren Termin jedoch noch nicht feststeht (siehe S. 3).

Der Verfassungstext, der von einer parlamentarischen Kommission ausgearbeitet worden ist (INDABA 73/12), war im März d. J. in einem Referendum mit großer Mehrheit angenommen worden. Im Vergleich zur bisherigen Situation ist eine Beschränkung der Rechte des Präsidenten und die Begrenzung seiner Amtszeit auf zwei Perioden vorgesehen – was allerdings nicht für den derzeitigen Amtsinhaber gilt. Mugabe, seit 1980 an der Macht, könnte theoretisch also noch weitere zehn Jahre regieren.

Ein sichtlich bewegter Mugabe unterzeichnete das Dokument in seinem Amtssitz, State House in Harare, gemeinsam mit seinem politischen Rivalen, Premierminister Morgan Tsvangirai, und seiner Stellvertreterin Joice Mujuru. Anwesende Politiker/innen und Beamte applaudierten am Ende der Zeremonie.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung war im sog. *Global Political Agreement 2008* zwischen den politischen Parteien vereinbart worden. Die damals geschlossene „Große Koalition“ läuft am 29. Juni 2013 aus, Parlaments- und Präsidentenwahlen sollten innerhalb von 90 Tagen folgen.

Allerdings: Weder ist bisher der Termin klar, noch sind die geschätzten

130 Mio. US-\$ aufgetrieben worden, die als Kostenrahmen angenommen werden. Unterstützungsangebote der UNO wurden von Harare bisher abgelehnt.

Informationsgesetz in Südafrika beschlossen.

Nach dreijähriger kontroverser Diskussion beschloß das Parlament in Kapstadt am 25. April 2013 die umstrittene *Protection of State Information Bill* mit 189 Pro-, 74 Gegenstimmen und 1 Enthaltung. Die Oppositionsparteien überlegen den Gang zum Verfassungsgerichtshof, wie Lindiwe Mazibuko, die Klubobfrau der *Democratic Alliance*, bekanntgab. Im Vergleich zur ursprünglichen Fassung wurde das Gesetz allerdings wesentlich abgeschwächt, nicht zuletzt aufgrund von Einwänden von ANC-Abgeordneten (wie Ben Turok) und neuer Vorschläge der zweiten Parlamentskammer, des *National Council of Provinces*.

Weiterhin bestehende Kritikpunkte sind die (angebliche) Einschränkung der Kompetenzen der Provinzen durch das nationale Parlament in Bezug auf klassifizierte Informationen sowie die großzügige Möglichkeit der Regierung, Informationen relativ schnell als „Spionage“ einzustufen und entsprechend zu verfahren. Die im Erstentwurf vorgesehene Gefängnisstrafe von 25 Jahren bei Veröffentlichung von Informationen „von Relevanz für die nationale Sicherheit“ wurde erheblich reduziert, nachdem nicht nur der renommierte Menschenrechtsanwalt George Bizos, sondern auch der Gewerkschaftsbund COSATU von der „Rückkehr zu einem Polizeistaat“ gesprochen hatten.

COSATU hält ebenso wie der Zeitungsherausgeberverband dennoch an der Kritik fest und hat am Vorabend der Abstimmung – vergeblich – an die

Abgeordneten appelliert, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Nukleare Abrüstung. Norwegen und Südafrika haben mit Unterstützung zahlreicher Staaten (darunter auch Österreichs) eine Initiative zur Abschaffung von Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Konsequenzen ihres eventuellen Einsatzes gestartet. Wie der südafrikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Abdul Samad Minty, am 24. April bei einer Vorbereitungsitzung zur nächsten Überprüfungs-konferenz des Atomsperrvertrages 2015 bekanntgab, würde es keinem Staat möglich sein, die humanitären Folgen eines atomaren Schlages zu bewältigen – nicht nur hinsichtlich der unmittelbaren Folgen für Menschen und Sachwerte, sondern auch mit Blick



Abdul S. Minty 2008 in Wien

auf die Umweltschäden, welche die Aussichten zukünftiger Generationen auf Gesundheit, Ernährung, Wasser und andere vitale Ressourcen zutiefst schädigen würden.

Es sei daher im Interesse des Überlebens der Menschheit, daß nukleare Waffen nie wieder und unter keinen Umständen verwendet und auch irr-

tümliche Atomschläge ausgeschlossen würden. Der einzige Weg, das zu garantieren, sei die „totale Eliminierung“ nuklearer Waffenarsenale.

Südafrika sowie die übrigen 76 Staaten, die sich der Initiative angeschlossen haben, bezwecken damit einen neuen Impuls für die seit Jahren weithin auf der Stelle tretenden Verhandlungen über die Durchführung des Atomsperrvertrages. Nicht zuletzt sei es Aufgabe der Zivilgesellschaft, so Minty abschließend, Seite an Seite mit den Regierungen dafür Sorge zu tragen, unsere Welt von der existenziellen Bedrohung durch Atomwaffen zu befreien.

Initiationsriten. Schaumgebremste Kritik an den sog. traditionellen Autoritäten äußerten Parlamentarier Ende Mai in Kapstadt bei der Debatte über die Einsetzung einer Untersuchungskommission über den Tod von mehr als dreißig Jugendlichen im Verlauf traditioneller Initiationsriten in den Provinzen Mpumalanga und Limpopo. Während die Berechtigung der „uralten“ Zeremonien, deren Durchlaufen im traditionellen Recht Voraussetzung für das Erwachsenwerden und somit auch für die Erbberechtigung ist, nicht in Frage gestellt wurde, beklagten die Redner aller Parteien die Vernachlässigung der gesetzlichen Bestimmungen und von Hygiene-Regeln durch manche ländliche Chiefs. Würden sich diese wirklich an die Tradition halten, so der Tenor der meisten Redebeiträge, würde es zu keinen Todesfällen kommen – früher habe es solche auch nicht gegeben.

Im Gegensatz dazu nahmen vor allem die englischsprachigen Medien scharf gegen den wachsenden Traditionalismus in ländlichen Gebieten, zunehmend aber auch in Städten, Stellung. Auch die vorgesehene gesetz-

liche Neuregelung der traditionellen Gerichtshöfe wurde als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung kritisiert.

Autobahn. Die Kontroverse über die Einführung eines elektronischen Mautsystems auf der südafrikanischen Nordautobahn (unter Beteiligung der österreichischen Firma Kapsch – INDABA 76/12) scheint dem Ende zuzugehen. Nach Abschluß der von einer breiten Front von Gegnern eingebrachten Gerichtsverfahren und einer Entschärfung des Gesetzes (unter anderem wurden Taxis von der Maut ausgenommen) haben nun beide Parlamentskammern zugestimmt. Es wird angenommen, daß Präsident Jacob Zuma das Gesetz in Bälde unterzeichnen wird, obwohl die oppositionelle *Democratic Alliance* an ihn appellierte, noch einmal alternative Varianten prüfen zu lassen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes liegt es dann an Verkehrsminister Ben Martins, die elektronische Überwachung per Verordnung einzuführen.

Austrian Airlines. Die Wiedereinführung eines Direktfluges von Wien nach Johannesburg wird nach einem Bericht der *Presse* vom 21. Mai 2013 geprüft. Offenbar konnte sich die frühere verstaatlichte Fluglinie nunmehr gegen ihre Eigentümer – Lufthansa – durchsetzen und wird wiederum stärker ins profitable Langstreckengeschäft einsteigen. Welche Routen 2014 dann genau neu eröffnet werden sollen, ist noch unklar; neben Johannesburg werden laut dem Bericht Osaka, mehrere unterschiedliche US-Destinationen sowie Hongkong und Shanghai geprüft. Der seinerzeit bestehende Direktflug von Wien aus war mit der Übernahme der AUA durch die Lufthansa 2010 – angeblich wegen

Unrentabilität – eingestellt worden. SADOCC würde einen Direktflug jedenfalls begrüßen.

Rhino-Handel. Südafrika überlegt die Liberalisierung des Handels mit Rhinozeros-Hörnern. Wie die zuständige Umweltministerin Edna Molewa im Vorfeld der Konferenz des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES) in Bangkok bekannt gab, sieht die südafrikanische Regierung darin ein geeignetes Mittel, um das stark zunehmende Wildererproblem in Bezug auf Rhinozerosse in den Griff zu bekommen. Wenn das Angebot größer wird, dann sinkt auch der Preis, sagte die Ministerin.

Derzeit dürfen Hörner dieser bedrohten Tierart nur als Jagdtrophäen exportiert werden, nicht jedoch kommerziell. Als möglichen Handelspartner hat Südafrika Vietnam im Visier. Die Nachfrage nach dem angeblich potenzstärkenden Rhinohornpulver ist in ganz Ostasien weit verbreitet. Eine Liberalisierung des strikten Exportverbots würde allerdings die Erlaubnis der nächsten CITES-Konferenz benötigen, die 2016 in Kapstadt stattfindet. Ein solcher Beschluß würde eine Zweidrittelmehrheit erfordern.

Während der geplanten Maßnahme Südafrikas aus entwicklungspolitischer Sicht einiges abzugewinnen ist – im Südlichen Afrika gibt es, anders als in den übrigen Regionen Afrikas, genügend Exemplare der geschützten Tiere, und ihre kommerzielle Verwertung würde dem Außenhandel der betreffenden Länder einiges an zusätzlichen Erträgen ermöglichen –, kritisieren Tierschützer den Plan allerdings mit Hinweis auf die schwer kontrollierbaren Importeure in Vietnam, die ihrer Meinung nach eher mafiöse Züge aufweisen.

Haben wir noch eine Außenpolitik?

Interview mit Peter Jankowitsch

Peter Jankowitsch, langjähriger österreichischer UNO-Vertreter und bislang letzter sozialdemokratischer Außenminister, feiert am 10. Juli seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß haben Adalbert Krims und Walter Sauer das folgende Interview mit ihm geführt.

Herr Dr. Jankowitsch, wenn man Ihre berufliche Laufbahn und Ihr politisches Engagement betrachtet, so fällt auf, daß die Dritte Welt im allgemeinen und Afrika im besonderen ein durchgehender Schwerpunkt waren. Wie ist es zu dieser Schwerpunktsetzung gekommen?

Die antikolonialen Befreiungskämpfe in Afrika – und insbesondere in Algerien – haben für uns während der Studentenzeit eine große Rolle gespielt. Für mich war das Camp der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) in Wien im Jahr 1952 – ich hatte

als internationaler Sekretär des VSStÖ daran teilgenommen – sehr prägend. Dort habe ich viele junge Vertreter von afrikanischen Befreiungsbewegungen kennengelernt. Später kam dazu, daß Kreisky schon als Außenminister begonnen hatte, sich intensiv mit der Dritten Welt zu beschäftigen. Er hat Reisen unternommen nach Indien, nach Ägypten. Aus diesen vielen Kontakten ist dann ja auch Anfang der 1960er Jahre das Wiener Institut für Entwicklungsfragen entstanden, an dessen Gründung ich ebenfalls beteiligt war. Uns hat damals fasziniert, daß sich mit dem Entstehen der Dritten Welt die Konturen einer neuen Welt gezeigt haben.

Durch ihre Funktionen als Kabinettschef von Bundeskanzler Bruno Kreisky und dann als österreichischer UNO-Botschafter hat sich eine Erweiterung Ihres Tätigkeitsfeldes ergeben. Vor allem in New York hat der Kampf gegen die Apartheid eine wichtige Rolle gespielt. Wie hat sich das für Sie damals dargestellt?

Zuvor war ich noch Büroleiter des damaligen Oppositionsführers Bruno Kreisky (1967-1970), der sehr aktiv war in der Sozialistischen Internationale (SI). Ich wurde von der SI beauftragt, eine Arbeitsgruppe zur Aufnahme

von Kontakten mit der Dritten Welt zu gründen. Auf diese Weise haben wir ein Netzwerk aufgebaut, das nach und nach auch zur Aufnahme von Parteien und Bewegungen aus der Dritten Welt in die SI geführt hat. Das war auch einer der Gründe, warum mich Kreisky dann als neuen österreichischen Vertreter bei den Vereinten Nationen bestellt hat. New York war Anfang der 1970er Jahre geprägt vom Hereinströmen unzähliger neuer Staaten. Knapp bevor ich zur UNO gekommen bin, hat dann auch die Volksrepublik China ihren Platz wieder gefunden. Die UNO war also damals ein wirkliches Abbild der Welt. Und da stellte sich natürlich auch die Frage, wie kann dieser Prozeß fortgesetzt werden. Anfang der 1970er Jahre war z. B. der portugiesische Kolonialismus noch nicht überwunden. Wir haben mit den Führern der Befreiungsbewegungen in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau Kontakte gehabt. Das große Problem, das diese Zeit gekennzeichnet hat, war das Apartheidregime in Südafrika, das natürlich eine totale Negation der Befreiung Afrikas war, also der Versuch, eine rassistische Gegengesellschaft aufzubauen. Die Vereinten Nationen standen sehr stark im Zeichen dieses Kampfes gegen die Apartheid. Das hat auch Österreich in einer besonderen Art herausgefordert, weil wir in diesen Jahren erstmals im



Peter Jankowitsch im Gespräch

Bergkönig auf Werbetour:

Letsie III. in Österreich

Mit großer Delegation und ebenso großen Hoffnungen kam der König von Lesotho nach Österreich. Politische Gespräche und ein gut besuchtes Business Forum in der Wirtschaftskammer fanden am 24. und 25. April in Wien statt. Mit Skepsis beobachtete Walter Sauer das Ereignis.

Staatsbesuche aus Afrika sind selten geworden in diesen Tagen. Wahrscheinlich, weil es sich schon bis in jede Hauptstadt herumgesprochen hat, daß bei den Österreichern – wenn sie nicht gerade für den UNO-Sicherheitsrat kandidieren – nicht viel zu holen ist. Seitdem man in Wien begonnen hatte, Politiker/innen aus Afrika standardmäßig in der Entwicklungshilfesektion des Außenministeriums zu empfangen, mußte jedem klar sein, welche Bedeutung Österreich einer politischen Zusammenarbeit mit Afrika zumaß. Außerdem fehlte (und fehlt) für ernsthafte Entwicklungspolitik ohnehin das Geld, selbst bei den willkürlich ausgewählten Schwerpunktländern. Unterstützung bei Verhandlungen mit EU-Institutionen konnte und kann man auch nicht erwarten, dazu war/ist Wien zu brüsseltreu. Also – wenig Interesse auf beiden Seiten.

Dem amtierenden Bundespräsidenten Heinz Fischer, der sich als einer von wenigen heimischen Politikern ein gewisses Interesse an Afrika bewahrt hat, ist es zu danken, diesen Kreislauf einmal aufgebrochen zu haben. Auf seine Einladung hin schob der König von Lesotho, Letsie III., eine zweitägige Österreich-Visite in seine Reise nach Europa ein (wir hoffen, daß der Besuch zusätzlich zu

und nicht anstatt Fischers geplanter Reise nach Südafrika erfolgte!). Die wirtschaftliche Lage Lesothos ist schlecht – seit Jahren werden Wanderarbeiter in Südafrika abgebaut –, und auch die innenpolitische Stabilität bleibt sensibel. Jede Unterstützung von außen ist somit willkommen.

Großes Protokoll

Endlich also wieder das große Protokoll für Afrika: die Fahne des Basuto-Königreichs über dem Inneren Burghof, die Ehrenkompanie der Garde angetreten, die Begegnung in den grandiosen Prunksälen der Hofburg, König und Bundespräsident vor dem Bildnis Maria Theresias, die Wagenkolonne von Weißen Mäusen begleitet, der Hohe Gast sei eingetroffen, meldet der Polizeifunk, wegen irgendeinem afrikanischen Prinzen gäbe es jetzt Überstunden, matschkern die Köche im Sacher.

Was redet man mit einem Staatsoberhaupt, zu dessen Staat kaum Verbindungen existieren? Verlegenheit im Vorfeld des Events. Lesotho und Österreich wären beides kleine und gebirgige Länder, so WKÖ-Präsident Christoph Leitl, humane Verständigung wäre für beide ein Grundwert, jetzt ginge es eben darum, auch die Firmen zusammenzubringen. Doch reicht das für ein Treffen auf höchster Ebene?

Am Ballhausplatz hatte man eine

weitere Idee: ein „Memorandum of Understanding“ (MoU). Unterzeichnet wurde dieses tatsächlich am 24. April von Außenminister Mohlabi Tsekoa und Staatssekretär Reinhold Lopatka (nebenbei bemerkt: Wo blieb eigentlich unser Außenminister während dieser zwei Tage?). Freilich, außer großen Worten enthält dieses MoU wenig Substanz: „Nun haben wir mit Lesotho vereinbart, die Zusammenarbeit im



Tourismus, in der Land- und Forstwirtschaft, im Energiesektor und in der Ausbildung zu vertiefen“, erklärte Lopatka im Anschluß – und zählte damit die Interessen der heimischen Wirtschaft auf. Außerdem solle Lesotho als Mitglied der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (einem Lieblingsprojekt des Innenministeriums) gewonnen werden und Österreichs Angebot eines Verbindungsbüros für die Afrikanische Union in Wien (das

in Afrika auf wenig Interesse stößt) unterstützen.

Was aber erhielt Lesotho dafür? „Hier können wir *Diplomatentraining und Studienplätze in Tourismussteuerlehrgängen anbieten*“, so der Staatssekretär. Peanuts also, die nicht einmal neu sind und bei denen jedes Mal erst die Finanzierung (Stipendium o. ä.) geklärt werden muß.

Im Bedauern über die geringen Ressourcen Österreichs für bilaterale Zusammenarbeit waren sich Bundespräsident und König natürlich einig. Im spärlich besuchten Pressegespräch (drei Journalisten: ORF/TV, APA und SADOCC, entsprechend gering war auch das Medienecho) setzte Letsie III. allerdings doch einen Akzent: „Als



ein neutrales Land könnte Österreich eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Materien spielen, die Afrika – im besonderen das Südliche Afrika – auf die Tagesordnung der internationalen Politik setzen möchte. Österreich war nie Kolonialstaat, wie mir erklärt wurde, und hat sich immer für internationalen Dialog engagiert – also ist es in einer guten Position, afrikanische Anliegen etwa im Bereich der Vereinten Nationen voranzutreiben.“ Gut gebrüllt, Löwe – aber haben das die professionellen Außenpolitiker/innen auch vernommen?

Ja, und da waren auch noch Ideen, wie sie bei solcher Gelegenheit immer wieder ventiliert werden – Österreich als Lehrer der Menschheit. Mit der Regie-

rungsform „Große Koalition“ hätte man hier eine reiche Erfahrung, und diese stelle man natürlich gerne Lesotho zur Verfügung, dort gäbe doch eine solche seit den letzten Wahlen (richtet man dasselbe Angebot jetzt auch an Italien? Dessen politisches System ist uns doch wohl geläufiger als das von Lesotho). Und die Sozialpartnerschaft – wäre Lesotho nicht an Seminaren dazu interessiert? Ein Vorschlag, der in der Tat auf Interesse stieß.

Genau diese Partnerschaft würde in seinem Land schon praktiziert, sagte der König, und Joshua Setipa, der junge und offensichtlich international erfahrene Geschäftsführer der *Lesotho National Development Corporation*, lieferte später den Klartext: Ja, Kollektivverträge würden abgeschlossen, Gewerkschaften seien in Lesotho erlaubt, aber die Arbeitskräfte seien eben nicht militant. Die Regierung achte darauf, daß keine Arbeitszeit durch Streiks verloren ginge, und sowohl Overhead- als auch Lohnkosten lägen um 30 Prozent (!) unter dem regionalen Durchschnitt (womit in erster Linie Südafrika gemeint war).

Wo profitiert Lesotho?

Die Regierung Sorge eben schon seit Jahren für das richtige Investitionsklima. Für jene Firmen, die ihre Produkte nach außerhalb der *Southern African Customs Union* exportierten, wäre die Unternehmenssteuer gänzlich abgeschafft, und auch sonst betrüge sie nur 10%. Firmen Gründungen, Arbeiterlaubnisse und Visumfragen könnten bei einem einzigen Behördenweg erledigt werden, man bemühe sich, ausländischen Unternehmen den Zugang zu Grund und Boden zu ermöglichen (ist sicher ein Thema in einem Land, in dem es keinerlei Grundbuch gibt, aber wo ist

die Grenze zu *land grabbing*?), und die Aufschließungskosten für Grundstücke würden vom Staat übernommen.

Einen ganz kleinen Hinweis auf nationale Interessen konnte sich freilich auch Setipa nicht ganz verkneifen. Sicher, man werbe um österreichische Investoren und Lieferanten. Aber vielleicht könnte Österreich im Gegenzug Waren aus Lesotho beziehen? Spargel beispielsweise, oder Forellen...

Sozialpartnerschaft

In der Nationalbibliothek

„Seine Majestät Letsie III. und Ihre Majestät Masenate Mohato Seeiso besuchten am 24. April 2013 die Österreichische Nationalbibliothek. Dem Königspaar von Lesotho wurden im Prunksaal eine wertvolle Bibel präsentiert – und Plakate zum Ski-Tourismus in Österreich.

Letsie III., in England aufgewachsen, katholisch erzogen und König der parlamentarischen Monarchie Lesotho im Süden Afrikas, freute sich über die gezeigte Lutherbibel aus dem Jahr 1545. Diese ist die letzte Ausgabe, die der Reformator noch selbst redigierte, und beeindruckt bis heute durch handkolorierte Holzschnitte aus der Werkstatt von Lucas Cranach dem Älteren. Auf großes Interesse stießen auch die gezeigten Ski-Tourismus-Plakate aus den 1930er- und 1950er-Jahren. Das Königreich Lesotho, auch als die „Schweiz Afrikas“ und „Kingdom in the Sky“ bekannt, setzt in den letzten Jahren verstärkt auf den Tourismus. Schwerpunkt ist dabei das in über 3000 Metern Höhe liegende Skigebiet Afri-Ski, in dem 2010 die Südafrikanischen Meisterschaften im Skifahren und Snowboarden stattfanden.“ (ÖNB).

Sexuelle und reproduktive Gesundheit im Königreich Swaziland

Von 24. bis 30. November 2012 besuchten zwei österreichische Nationalrätinnen, Petra Bayr (SPÖ) und Silvia Fuhrmann (ÖVP), zusammen mit Abgeordneten aus sechs anderen Ländern Swaziland und Südafrika. Die Studienreise, ermöglicht durch das European Parliament Forum on Population & Development, das NGO Network Action for Global Health und die Family Life Association of Swaziland, sollte den Abgeordneten die Wichtigkeit des Schutzes der Gesundheit und die Entwicklung der jeweiligen Länder in Sachen sexueller und reproduktiver Gesundheit vor Augen führen. Bayr und Fuhrmann waren die ersten österreichischen Abgeordneten, die Swaziland besuchten. Von Martina Penzenauer.

Im Jahr 2010 kamen Gerüchte über eine Affäre des Justizministers mit der Frau des bestehenden Machthabers Swazilands, Mswati III., auf. An sich nichts Ungewöhnliches, würde es sich hierbei nicht um eine der letzten absoluten Monarchien handeln. Die Frau ist die zwölfte von insgesamt dreizehn Ehefrauen des Königs. Ihr wurde Hausarrest verordnet, der Justizminister seines Amtes enthoben und ins Gefängnis gesteckt. Die Medien in Swaziland, selbst jene die nicht direkt der Macht des Königs unterliegen, berichteten nicht darüber, zu groß war die Angst vor möglichen Konsequenzen.

Als welche Regierungsform Swaziland bezeichnet werden kann, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während auf der Homepage des Deutschen Auswärtigen

Amtes von einer konstitutionellen Monarchie, in der dem König eine besondere Kompetenzfülle zukommt, die Rede ist, wird Swaziland in einer Beschreibung des US Außenministeriums dezidiert als absolute Monarchie bezeichnet. Bis heute ist der König der Oberbefehlshaber der Ex-

ekutive, er kann Gesetze absegnen oder ablehnen, er kann das Parlament einberufen, aber auch auflösen. Der König empfängt ausländische Gesandte, er kann Urteile zurücksetzen oder ausführen, den Ausnahmezustand ausrufen, Ehrungen erteilen, Kommissionen gründen oder ein Referendum anordnen. Der König ernennt fast alle Richter/innen, den/die Premierminister/in sowie sonstige Minister/innen. Der König wird auch *Ngwenyama* genannt, was soviel bedeutet

wie Löwe, und ist im Staatswappen wie auf allen Münzen und Scheinen der Währung *Lilangeni* zu sehen. In Swaziland gibt es in Bezug auf die Macht des Königs die Redensart „Was immer er sagt, passiert.“

Den neben einem modern anmutenden politischen Apparat sind

Dominanter König



Lange Warteschlangen vor Kliniken im ländlichen Raum



Engagierte Ärztinnen und Schwestern

Parteien in Swaziland seit 2006 zwar erlaubt, dürfen aber nicht zu Wahlen antreten. Auch die Gewerkschaften sind durch die Vereinigungsfreiheit verfassungsrechtlich verankert, doch unterliegen sie strengen Bestimmungen. Um überhaupt eine Gewerkschaft gründen zu können, braucht es eine Mindestmitgliederanzahl von 50% der Arbeiterschaft. Gewerkschaftsmitglieder sind jedoch schwer zu rekrutieren, da sie vor einer gewerkschaftsfeindlichen Diskriminierung nicht gesetzlich geschützt sind. Durch die sagenhafte Größe des Dlamini-Clans, welche die polygamen Beziehungen der königlichen Familie mit sich bringen, wird es schwer, tatsächlich politische Veränderungen durchzuführen. Allein der Vater des derzeitigen Königs, Sobhuza II., hinterließ offiziell 120 Ehefrauen, mit



Mobile Ambulanz gut angenommen

denen er an die 600 Kinder gezeugt haben soll.

Ansatzweise die Macht der Familie zu spüren bekamen auch die österreichischen Abgeordneten bei einem Gespräch, wie Silvia Fuhrmann berichtet: „Herausgestochen ist beim Treffen mit den Politiker/innen in Swaziland, daß bei einem Abgeordneten ein Verwandtschaftsverhältnis mit dem König bestand und er entsprechend dominant aufgetreten ist.“

Natürlich gibt es Mitglieder der Royals, die sich auf Seiten der Gewerkschaften und des Widerstandes gegen das absolutistische System befinden, doch scheinen diese wenig verändern zu können. Bestätigt werden könnte diese Situation noch durch ein Gesetz, das Anfang des Jahres dem Parlament vorgelegt wurde. Im Falle einer „öffentlichen Bedrohung“ würde der König das Recht erhalten, alle Radio- und Fernsehstationen im Land zu besetzen, so lange, wie er es für nötig hält. Das bei ohnehin nur jeweils einer Radiostation und einem Fernsehsender, die nicht unter staatlicher Kontrolle stehen.

Neben der besonderen politischen Situation hat Swaziland mit HIV und AIDS auch eine gesundheitliche Krise, die es zu bewältigen gilt. Die Auswirkungen der Epidemie gehen so weit, daß laut *United Nations Development Programme* (UNDP) die gesamte Existenz des Staates Swaziland ernsthaft gefährdet ist. Angesichts der Infektionsrate, die mit 26,1% der Erwachsenen weltweit die höchste ist, und von über 50% Infektionen bei

Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren scheint es immer noch einen großen Handlungsbedarf zu geben. Im August 2012 demonstrierten die Krankenpfleger/innen in Swaziland für eine bessere Bezahlung und gegen die, wie sie selber sagten, lebensbedrohlichen Zustände in den Krankenhäusern und Kliniken. Dieser Protest konnte allerdings nur zwei Tage aufrecht erhalten werden, da die Teilnehmer/innen nicht die gleichen Folgen zu spüren bekommen wollten, wie die 100 Lehrer/innen, die für fünf Wochen streikten und aus dem Dienst entlassen wurden. Neben den oft unzureichenden gesundheitlichen Einrichtungen ist es auf Grund der schlechten Verkehrsinfrastruktur den Patient/inn/en teilweise nur unter äußerst erschwerten Bedingungen möglich, eine Gesundheitseinrichtung aufzusuchen. Fuhrmann: „Wirklich

problematisch ist die Tatsache, daß die Bevölkerung am Land von der gesundheitlichen Versorgung oft gänzlich ausgeschlossen ist.“

Engagierte Schwestern und Ärzte

Daher wurde den Abgeordneten Bayr und Fuhrmann eine mobile Ambulanz für sexuelle und reproduktive Gesundheitsfragen für abgelegene Gebiete vorgestellt. Die mobile Ambulanz wird von der Bevölkerung, vor allem von schwangeren Frauen, sehr gut angenommen, auch wenn laut Bayr immer wieder Beschwerden aufgrund der Spezialisierung der mobilen Ambulanz auftreten, da Krankheiten, die nicht im Bereich der sexuellen und reproduktive Gesundheit liegen, auf Grund von fehlenden Geldern nicht behandelt werden können.

Ebenfalls in Augenschein nahm die Delegation in der größten Stadt Swazilands, Manzini, eine kirchliche Klinik, die auf die Abgeordneten Bayr und Fuhrmann einen sehr guten Ein-

druck machte, wenn sie auch nicht mit europäischen Standards vergleichbar war. Eine eigene, gut separierte Station für Frühchen wurde besonders lobend erwähnt. Ein Problem, das Bayr und Fuhrmann vor Ort in Erfahrung bringen konnten, war die Versorgung von HIV-positiven Kindern, deren Eltern als Wanderarbeiter/innen in Südafrika arbeiten. Petra Bayr: *„Eine Ärztin erzählte uns, daß sie für die Behandlung eines Kindes die Einwilligung eines Erziehungsberechtigten brauchen. Nachdem die Eltern oft in Südafrika arbeiten und nicht da sind, und die Kinder bei den Großeltern oder anderen Verwandten leben, dürfen die Ärzte und Ärztinnen die Kinder nicht behandeln, da die Eltern nicht da sind, um einzuwilligen.“* Dieser Umstand wurde bei einem Gespräch mit Gesundheitsminister Benedict Xaba angesprochen, der die Informationen allerdings als unrichtig bezeichnete. Hier ersuchten die Abgeordneten um einen besseren Informationsfluß, um ein Scheitern von Behandlungen aus diesem Grund zu verhindern.

Ebenfalls besucht wurde eine Ambulanz in Manzini, die sich ausschließlich der Behandlung von sexueller und reproduktiver Gesundheit widmet. Hier hob Bayr hervor, daß es eine kombinierte Einrichtung war, in der sowohl HIV-positive als auch-negative



Bei der Abschlußpressekonferenz

Schwangere behandelt wurden und eine Trennung der Patientinnen erst innerhalb des Gebäudes statt fand. Dadurch soll eine Stigmatisierung der HIV-Erkrankten umgangen werden. In dieser Ambulanz gab es des weiteren eine Einrichtung für Beratung, Vasektomie, Medikamentation sowie ein eigenes Jugendzentrum, in dem Sexualaufklärung betrieben wird.

die Zahlen der Geburten in Gesundheitseinrichtungen hat sich von 56% im Jahr 2000 auf 74,1% im Jahr 2006 gesteigert. Trotzdem bleibt die Müttersterblichkeit weiterhin steigend.

Ein Grund dafür sind illegale Abtreibungen, bei denen ein hohes Risiko besteht. Die Gründe, warum sich Frauen auf diesen gefährlichen Eingriff einlassen, sind vielfältig.

Das kann von wirtschaftlichen Motiven über Teenager-Schwangerschaften, Vergewaltigungen, Inzest, die Unmöglichkeit, ein uneheliches Kind zu haben, einer Risikoschwangerschaft bis zu dem Vorhandensein von ohnehin schon vielen Kindern reichen. Bayr spricht von einem sehr restriktiven Gesetz, das eine Abtreibung nur vorsieht, wenn die Mutter durch die Geburt oder Schwangerschaft in Lebensgefahr gebracht würde. Bayr: *„Das Problem ist aber offensichtlich, daß das Gesetz nicht genau gekannt wird und Ärzt/innen es prinzipiell nicht tun, da sie sich fürchten, etwas Illegales zu machen. Das ist sicherlich mit ein Grund, warum vor allem reichere Frauen nach Südafrika fahren, um abzutreiben, während am Land ganz viele Schwangerschaften medizinisch*



Station für Frühgeburten in Manzini

überhaupt nicht begleitet werden und somit Frauen gar nicht wissen, daß sie Risikogeburten und Komplikationen haben werden. Wir haben von einer Schwangeren gehört, bei der klar war, als die Wehen eingesetzt haben, daß es Probleme gibt, die stundenlang auf einem Moped zum Krankenhaus gefahren wurde.“ Dadurch, daß Abtreibung in Swaziland illegal ist, weigert sich ein Großteil des Gesundheitspersonals, den Opfern von verpfuschten Abtreibungen zu helfen. Im Jahr 2011 wurden drei Krankenschwestern zu 15 Jahren Haft verurteilt, da sie bei Abtreibungen mitgeholfen hatten. Überlegungen, Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren, wären vor allem im Hinblick auf die vielen Teenagerschwangerschaften wünschenswert. Im Jahr 2010 machten Teenagerschwangerschaften ein Drittel aller Schwangerschaften aus. Es ist nicht ungewöhnlich, von 12-jährigen schwangeren Mädchen zu hören. Doch gerade diese Teenager-Schwangerschaften bringen natürlich ein großes Risiko während der Schwangerschaft und bei der Geburt mit sich.

Martina Penzenauer besuchte 2011 Swaziland, um für ihre Masterarbeit zu recherchieren. Für die Fotos danken wir Petra Bayr.

„Sowing the seeds...“

Saatgut zwischen Privatisierung und Souveränität

Neben Wasser und Land ist Saatgut ein grundlegendes Existenzgut für die ländliche Bevölkerung. Privatisierung von Patenten und Saatgut durch die Agrarindustrie ermöglichen deren Monopolstellung auf dem südafrikanischen Markt. Dadurch erschweren sie die Versorgung und den Zugang zu Saatgut für Kleinbauern. Während Organisationen politischen Druck aufbauen, versuchen Initiativen Schritte zur selbstständigen Versorgung. Andreas Bohne berichtet.

Seit mehreren Jahren ist Douglas Ntamo Vorsitzender der Farmerinitiative *Siyazakha* in der südafrikanischen Provinz Eastern Cape. Hinter dem Haus des 70jährigen in Cala befindet sich ein großer Garten. Der Unterschied zwischen den Beeten und den dazwischen verlaufenden Wegen beträgt bis zu 70 cm, was Douglas Ntamo in seinem Alter die Arbeit erleichtert. Seit vielen Jahren liegt sein Interesse in der Zucht und dem Austausch von Samen, in dem Erhalt von vielfältigen einheimischen Sorten.

Agrar- und Landpolitik sind in Südafrika ein dauerhaftes, brisantes Thema. Es scheint jedoch, daß einzelne Bereiche wie Gentechnik und Saatgut

– trotz ihrer ökonomischen und sozialen Auswirkungen – weniger beachtet werden. Dabei sind der Besitz, die Produktion und die Verteilung von Saatgut entscheidend für Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und agrarische Vielfalt.

„Saatgutmärkte“ können in zwei dominante Formen unterteilt werden: Auf der einen Seite steht ein formelles System, gekennzeichnet von Forschung & Entwicklung, regulierter Produktion und Verteilung durch kommerzielle Unternehmen, die im Besitz von Keimplasma sind. Auf der anderen Seite befindet sich das informelle System, in dem die Saatzucht auf Ebene von Farmen und Haushalten vorherrscht. Die Produktion und die Verteilung erfolgt überwiegend unreguliert durch Austausch, über lokale Märkte und Netzwerke von Farmern. Während in den meisten Staaten des südlichen Afrikas das informelle System vorherrschend ist – oftmals ist nur der Handel mit Mais in ein formelles System eingebunden – gilt, daß Südafrika das am besten

entwickelte formale Saatgutssystem besitzt.

Das formelle südafrikanische Saatgutssystem besaß 2010-2011 einen Wert von ca. 3,6 Billionen Rand. Sowohl weißer als auch gelber Mais besitzen den größten Wert, gefolgt von Zwiebeln, Sonnenblumen und Weizen. Neben hybriden und gentechnisch-veränderten Sorten umfassen auch fremdbestäubte Pflanzen wie Weizen oder Bohnen einen sehr großen Umfang für den formellen Saatgutsektor, wobei ein großer Anteil in andere afrikanische Länder exportiert wird.

Der südafrikanische Saatgutmarkt wird von wenigen Agrarunternehmen beherrscht. Auch wenn teilweise verlässliche Daten fehlen, kann für Mais gesagt werden, daß vier Unternehmen die Besitzrechte für Maissorten dominieren und 68% besitzen. Zu den Unternehmen gehören *Pioneer Hi-Bred*, *Pannar*, *Klein Karoo Seed* und *Monsanto SA*. Nach den Verkäufen ist Monsanto SA der größte Saatgutproduzent für Mais in Südafrika. Die zehn größten Unternehmen besitzen drei Viertel der 10 „wertvollsten“ Varietäten, wobei die vier benannten Unterneh-

Monopol am Saatgutmarkt



Samenvorrat von Douglas Ntamo (*Siyazakha*)

men mehr als die Hälfte besitzen. Die größte Konzentration findet sich bei gentechnisch veränderten Pflanzen, deren Nutzung seit der Zulassung 1997 in Südafrika sehr stark zunahm. Ungefähr 77% des angebauten Mais, 85% von Soja und 100% der Baumwolle sind gentechnisch verändert.

In Südafrika – im Gegensatz zu anderen afrikanischen

Staaten – greift der kommerzielle Saatgutsektor sehr stark in die kleinbäuerlichen Strukturen ein. Auch wenn sehr wenig Wissen über die Praktiken kleinbäuerlicher und ressourcenarmer Farmer in Bezug zu Saatgut vorhanden ist, wird angenommen, daß die Mehrzahl der Haushalte Samen aus dem formalen Markt beziehen. Zwar besitzt Südafrika das beste formelle Saatgutssystem im südlichen Afrika, was jedoch nicht bedeutet, daß es das Beste für kleinbäuerliche Strukturen in der Versorgung mit erschwinglichem und angemessenem Saatgut ermöglicht. Daher greift weiterhin ein größerer Teil landwirtschaftlicher Haushalte in den früheren Homelands auf farmgezogenes Saatgut und informelle Verteilungsnetze zurück – gerade auch weil die Saatgutpreise in den letzten Jahren angestiegen sind.

Nach Meinung von Stephen Greenberg, Autor einer aktuellen Studie zu Saatgut in Südafrika, hat die Abhängigkeit von dem formellen System über die Zeit zu einem „Verfall“ von traditionellem Wissen über Saatgut geführt und größere Abhängigkeit an das formelle System als in anderen afrikanischen Ländern erzeugt.

Jedoch besitzen informelle Systeme auch Schwächen wie eine langsame Zucht neuer Sorten für die Agrarbioidiversität oder für Sorten mit höherer Produktivität.

Kleinbauern behindert

Der globale Saatgutmarkt und internationale Sortenschutz befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Das 1961 beschlossene „*Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen*“ (UPOV) wurde mehrfach überarbeitet und 1991 verschärft. Zwar hat Südafrika das aktuelle UPOV 1991 unterschrieben, jedoch nicht ratifiziert. Dennoch begann Südafrika in den

letzten Jahren einige Regelungen umzusetzen, die insbesondere die Rechte der Landwirte (*Farmers Rights*) einzuschränken beginnen. Das kritisieren auch kleinbäuerliche Interessensgruppen an der angestrebten Veränderung des südafrikanischen *Plant Breeders Right Act*. So zielen Änderungen darauf ab, daß Farmer nicht mehr vegetativ gezüchtete Pflanzen wie Kartoffeln verbreiten dürfen. Auch soll der Austausch geschützter Varietäten zwischen Farmern verboten werden. Interessensgruppen fordern dagegen, daß *Farmers Rights* als nicht verhandelbar angesehen werden. Dazu zählen Zucht, Lagerung und Austausch jeder Form von Saatgut.

Weitere Kritikpunkte von Nichtregierungsorganisationen und Interessensgruppen wie dem *African Centre for Biosafety* aus Johannesburg richten sich gegen die ökonomische Monopolisierung und die Konzentration von Besitz. Die Zahl der Hungernden hat in Südafrika in den letzten Jahren kaum abgenommen. Gentechnik schaffte es nicht, daß Mais oder andere Grundnahrungsmittel preiswerter wurden – was Unternehmen

immer wieder behaupten. Kritiker betonen, daß gerade die Patente auf Saatgut und die Forcierung von Gentechnik einer agrarökologischen Landwirtschaft entgegenstehen und den Zielen, Ernährungssicherung und ländlichen Entwicklung zu fördern, widersprechen. Auch darüber, daß der private Sektor in den letzten 20 Jahren viele Governanceaufgaben wahrgenommen hat, regt sich Unbehagen.

In Südafrika gibt es daher Ansätze, kleinbäuerliche und ressourcenarme Farmer/innen zu stärken. Unter anderem durch Zugang zu und Kontrolle über Saatgut, durch Verteilung und Stärkung der eigenen Produktion. Einen Ansatz und praktische Intervention verfolgt die Landrechtsbewegung *Trust for Community Outreach and Education* (TCOE). Seit einigen Jahren unter

stützt TCOE Kleinbauern, organisiert in Farmergruppen und -assoziationen bei der Entwicklung von Saatgutproduktion und Verteilung, unter der Kontrolle der Farmer selbst. Eine Möglichkeit sieht TCOE in dem Aufbau von eigenen Anzuchtflächen und Saatbänken. Mercia Andrews, frühere Direktorin von TCOE,

Advocacy-Arbeit ...



Frauen des Rural People's Movement in Glenmore



Anzuchtfläche bei Nowawe im Eastern Cape

stellt fest: „Seit zirka drei Jahren unterstützen wir den Auf- und Ausbau von Anzuchtflächen und Saatbanken. Es war eine Kombination, wie wir dazu kamen. Einerseits gab es Farmer in der Transkei, die einheimische Nutzpflanzen züchteten und an Bedürftige abgaben. Und andererseits besuchten wir Farmer/innen in Zimbabwe und anderen Ländern, die Saatgut speziell zur Weitergabe züchteten.“

TCOE unterstützt daher den Aufbau von Anzuchtflächen der vier Farmerinitiativen *Ilizwi Lamafama*, *Rural People's Movement*, *Makukhanye* und *Siyazakha* im Eastern Cape. Jedoch ist der Aufbau nicht ausreichend. Wissen



Mitglieder von Ilizwi Lamafama

zur richtigen Nutzung ist grundlegend. Denn die Aufgabe von TCOE liegt unter anderem darin „sicherzustellen, daß Farmer/innen die Möglichkeit bekommen, die notwendigen landwirtschaftlichen Kenntnisse zu erlernen“, wie Mercia Andrews von TCOE ergänzt. Notwendig sind Trainingsmaßnahmen, damit Mitglieder der Initiativen die nachhaltige und ökologische Nutzung der Saatbanken erlernen. In den Trainingsmaßnahmen geht es um die Pflege, die Bewässerung, Bodenvorbereitung und das Pflanzen und Ernten von Setzlingen, der Aufbau von Komposteinrichtungen und Saatbanken.

Dabei zielt der Ansatz nicht nur auf die eigenständige Nutzung der Anzuchtflächen und Saatbanken, sondern gerade auch auf die Wiederbelebung und Nutzung traditioneller Gemüsesorten zum Erhalt der agrarischen Vielfalt. Neben „klassischen“ Nutzpflanzen wie Kartoffeln werden vor allem traditionelle Nutzpflanzen wie *Marotse Melon*, *Bizana Beans* oder *Golden Beauty Maize* angebaut, gezüchtet und weitergegeben.

Nowawe ist eine dieser kleinen typischen Siedlungen im Eastern Cape. Gelegen im ehemaligen Homeland Ciskei, nordwestlich von King Williams Town, der Heimatstadt von Steve Biko. Viele Einwohner von Nowawe sind bei Ilizwi Lamafama organisiert und haben vor anderthalb Jahren eine eigene Saatbank und Anzuchtfläche etabliert. Nana Ester Matiki, Mitglied von Ilizwi Lamafama, ist verantwortlich für das Anzuchtbeet. Bereits kurz nach dem Anlegen der Saatbanken im September 2011 begannen die ersten Aktivitäten. Verschiedene Gemüsesamen wurden in Pflanzschalen ausgesät und nach der Keimung auf

Anzuchtflächen ausgebracht. Nach weiteren drei bis vier Wochen wurden die Setzlinge an Mitglieder verkauft. Die Setzlinge kosten im Durchschnitt 3,5 Cent, was einen fairen Preis darstellt. Die gesamten Einnahmen fließen auf das Bankkonto von Ilizwi Lamafama und dienen gemeinsamen Projekten oder der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Saatbanken.

Im Jahr 2012 konnten bereits ungefähr 17.000 Setzlinge gezogen und sowohl an die Mitglieder der Farmerinitiativen als auch an weitere Nachbarn der lokalen Gemeinschaften verkauft werden. Die Farmerassoziation

agiert somit als lokaler Produzent für die eigenen Mitglieder, aber auch für andere Mitglieder der Communities. Mittelfristig plant die Initiative sogar bis zu

100.000 Setzlinge zu ziehen, um noch unabhängiger zu werden. Ein ambitioniertes Ziel.

Insbesondere für kleinbäuerliche Haushalte in Südafrika ist eine Kombination aus formalem und informellem Saatgutssystem zielführend. Während die Produktion und der Zugang zu neuen Sorten formell erfolgen kann, könnte die Züchtung auf Ebene von Farmen und Gärten, die Verteilung und der Austausch informell durch Netzwerke oder durch Erwerb auf lokalen Märkten erfolgen.

Damit wird eine preiswerte Verfügbarkeit ermöglicht. Nachzucht, Produktion und Verteilung kann unter eigener Kontrolle der Farmer/innen erfolgen.

Andreas Bohne ist Projektmanager beim Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI) in Berlin. Nähere Informationen zu finden unter www.sodi.de.

... und Eigenengagement wichtig

=> Fortsetzung von Seite 12

ein gewisses Mißverständnis, daß mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union die Notwendigkeit einer eigenen Außenpolitik entfällt. Die letzte gewaltige Mobilisierung in der österreichischen Außenpolitik war der Beitritt zur Europäischen Union. Leider hat das danach zu einer Demobilisierung geführt, weil die Außenpolitik einfach nach Brüssel delegiert wurde.

Gäbe es auch heute noch einen gewissen Spielraum für eine eigenständige Außenpolitik?

Dieser Spielraum besteht und wird ja auch von anderen kleineren Mitgliedsstaaten genützt. Ich vertrete die These, daß Österreich für die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten interessanter ist, wenn es eigene

Nochmals zurück zu Südafrika und Namibia. Diese Frage war ja gerade in der Zeit, als Sie Außenminister waren, auch innenpolitisch umstritten.

Ja. Auch in Österreich hat es Anhänger des Apartheid-Kurses gegeben, besonders in Bezug auf Namibia. Es gab z. B. sehr wortreiche und aktive Unterstützer der Turnhalle-Allianz. Wir haben dagegen die Meinung vertreten, daß man sich in Bezug auf die Zukunft Namibias nicht auf eine kleine Minderheit stützen kann, sondern daß man den Gesamtrahmen einbeziehen muß, vor allem die legitime Befreiungsbewegung, nämlich die SWAPO.

Ich habe schon als internationaler Sekretär der SPÖ und dann auch als Außenminister sehr enge Kontakte zu Sam Nujoma gepflegt, den ich schon von den Vereinten Nationen her



Walter Sauer, Peter Jankowitsch, Adalbert Krims

Beiträge einbringt. Wenn man nur dort sitzt und mit dem Kopf nickt, ist das keine Außenpolitik. Außenpolitik besteht darin, daß man eigene Aktionsfelder findet und damit auch einen Beitrag leistet zur Außenpolitik der EU. Wenn man sich aber vollkommen heraushält, fragt man sich, ob wir überhaupt noch eine Außenpolitik haben.

gekannt habe. Mein Eindruck war, daß er tatsächlich eine sehr große Mehrheit des namibischen Volkes vertrat, vor allem natürlich die afrikanische Bevölkerung.

Wir danken für das Gespräch!

Peter Jankowitsch wurde am 10. Juli 1933 in Wien geboren. Nach dem Jusstudium an der Universität Wien, wo er politisch im *Verband Sozialistischer Studenten (VSSStÖ)* aktiv war, begann er 1957 seine berufliche Laufbahn im Außenministerium. 1964 eröffnete er – als jüngster Botschafter seit Bestehen der Republik – Österreichs erste Botschaft im frankophonen Afrika in Dakar (Senegal). 1970 wurde er Kabinettschef von Bundeskanzler Kreisky.

Von 1974-1978 war Jankowitsch Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen und im Jahr 1974 als erster Österreicher im Weltsicherheitsrat. 1978 bis 1983 (und später nochmals 1993-1998) leitete er die österreichische Vertretung bei der OECD in Paris. 1983 bis 1986 sowie 1987 bis 1990 war er Abgeordneter zum Nationalrat und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses. 1986/87 bekleidete er als seither letzter Sozialdemokrat die Funktion des Außenministers. Von 1990 bis 1992 war Jankowitsch Staatssekretär für Europäische Integration und Entwicklungszusammenarbeit.

Seit seiner Pensionierung 1998 bis heute ist er Generalsekretär des *Österreichisch-Französischen Zentrums für Annäherung in Europa*.

Peter Jankowitsch gehörte auch dem Beirat der *Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich* an und ist unter anderem Ehrenpräsident der *Österreichischen Namibia Gesellschaft*.

Johannesburg und Kentridge

Das Radieren einer Stadt, die im Entschwinden ist

Johannesburg spielt in allen Arbeiten von William Kentridge eine tragende Rolle, vor allem auch in seiner bisher letzten. Über den südafrikanischen Künstler und seine Beziehung zu dieser hybriden Stadt macht sich Anna Schweighofer ihre Gedanken.

Jene Leser/innen, die 2010/11 Gelegenheit hatten, die große Schau des Künstlers in der Wiener Albertina zu besuchen (INDABA 68/10), werden sicherlich seine ergreifenden, poetischen, bisweilen beklemmenden *Drawings for Projection* – neun Animationsfilme samt dazugehörigen Kohlezeichnungen – noch vor Augen haben.

Im März 2011 wurde diese Reihe um ein weiteres Werk erweitert: *Other Faces*, das Mitte 2011 in der Marian Goodman Gallery in New York und Ende des selben Jahres in Johannesburg zu sehen war.



William Kentridge (Selbstporträt)

In dieser nunmehr 10 Werke umfassenden Serie, die von 1989 bis 2011 entstanden ist, befaßt sich der Künstler mit zwei fiktiven Figuren, die er in beinahe jedem seiner bisherigen Filme in unterschiedlichen Situationen agieren läßt. Die beiden Hauptcharaktere, der reiche Industrielle

Soho Eckstein, der in einem Nadelstreifanzug auftritt, und seine Umkehrung Felix Teitlebaum, ein sensibler Denker, der immer nackt dargestellt wird, sind entweder alleine oder gemeinsam zu sehen. Es läßt sich aber eine weitere Hauptfigur finden, die auf den ersten Blick nicht als solche erkennbar ist: Johannesburg und Umgebung.

Die Stadt entstand aus rein wirtschaftlichen Überlegungen. Der erste Goldfund 1886 löste einen Goldrausch aus, und Massen von Menschen aus aller Welt kamen an den Witwatersrand, um dort ihr Glück zu versuchen oder zu arbeiten. Zeitgleich ließ die Regierung eine kleine Siedlungsstadt errichten, die im Zeitraum von drei Jahren die größte Niederlassung in Südafrika wurde. Innerhalb von zehn Jahren wurde aus der Zeltstadt mit ursprünglich einigen hundert Bewohnern eine Stadt mit 120.000 Einwohner/innen. Mittlerweile sind es einige Millionen.

Johannesburg ist die Heimatstadt des südafrikanischen Künstlers William Kentridge, dessen Werk stark mit diesem Ort verwurzelt ist. Kentridge, der sich mit vielen unterschiedlichen Genres beschäftigt, wurde in Europa vor allem durch seine animierten Kohlezeichnungen bekannt. Der 1955 geborene Künstler lebt und arbeitet in Johannesburg und verbrachte dort den Großteil seines Lebens. Ausschlaggebend für seine inhaltliche Prägung sind die Zeit der Apartheid und sein politisches und lokales Umfeld. Auch formal sind die *Drawings for Projection* von dem Ort gezeichnet.

Bereits der erste Film der Reihe, *Johannesburg, 2nd Greatest City After Paris* (1989), trägt im Titel den Namen der Stadt. In diesem fünfminütigen, mit Jazzklängen und lautem Verkehrslärm unterlegten Film wird Johannesburg als schillernde und hektische Metropole gezeichnet. Als ein Ort, der nur aus dem Boden gestampft wurde, um die Goldvorkommen auszubeuten, in welchem trockene Felder und Goldminen einerseits und städtischer Alltag andererseits einen starken Kontrast bieten. Johannesburg ist für

Kentridge durch eine Dialektik geprägt. Er beschreibt die Topographie als sehr ungleich: „[...]the lush, leafy gardens of the suburbs, and the dry veld outside the city, where irrigation and privilege ends.“

Im zuvor genannten Film, aber auch in *Mine* (1991), wird die Großstadt als Spielwiese der Mächtigen dargestellt: Immobilienmagnat Soho Eckstein thront über dem Stadtmodell wie Gott, besonders dann, wenn er mit seiner Hand das Bild wie die Seite eines großen Buches umblättert und über die Fläche hinwegfegt. „Soho bought half of Johannesburg“ lässt sich in den Untertiteln lesen. Die Stadt gehört nun zur Hälfte ihm, und er läßt ein Imperium bauen, über das er in den nächsten Filmen herrscht.

Mit Ausnahme von *Tide Table*, dem neunten Film der Reihe, spielt Johannesburg in den *Drawings for Projection* direkt oder indirekt immer eine Rolle. In den unterschiedlichen Beiträgen der Reihe lassen sich Architekturporträts, Straßen, Fabriken konkret wiedererkennen. Strommasten, Straßenbahnen, Plakate und andere Kennzeichen des urbanen Lebens komplettieren die Bilder.

In *Other Faces*, einer Bestandsaufnahme von Johannesburg im Jahr 2011 – also 17 Jahre nach dem Ende des Apartheid-Regimes –, verwandelt sich ein Blatt aus einem Rechnungsbuch, ein häufiges Motiv des Filmes, in einen Stadtplan von Johannesburg mit einigen tatsächlich existierenden Straßennamen. Auch in den darauffolgenden Bildern kann man zahlreiche authentische Gebäude und Stadtteile entdecken. So spielt etwa die Kreuzung um die beschrifteten Straßen *Jepe, Error* und *Pritchard* eine große Rolle, denn dort im *Central Business District / CBD*, beim „Joburg Mall“, findet in späterer Folge ein Autounfall statt.

Weiters sieht man etwa den Westpark-Friedhof und das ehemalige Topstar-Autokino in den Zeichnungen. Das wiederholt dargestellte *Anglo-Boer War Memorial* hat einen konkreten politischen Bezug zur Geschichte des Landes. Unter dem ursprünglichen Namen *Rands Regiments Memorial* war es in Gedenken an die im zweiten Burenkrieg gefallenen Engländer errichtet worden. Es trug zur Kluft zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung bei, und ironischerweise befindet sich ein Engel des Friedens auf der Kuppel, welcher ebenfalls in den animierten Zeichnungen thematisiert wird.

Johannesburg und Umgebung behandelt Kentridge weit über die übliche Kulissennützung hinaus. Sie ist inhaltlich und formal auf das Innigste mit den *Drawings for Projection* verstrickt. Bereits die Wahl des Materials, Kohlestift auf Papier, ist eng mit den Gedanken an die brennenden Town-



Soho Eckstein thront über Johannesburg, 1989

ships verbunden, oder auch an die Felder, deren Grashalme durch die Dürre und Trockenheit manchmal Feuer entfachen, so daß die verrußten Stummel der Gräser – so Kentridges Assoziation – Muster sich von selbst zeichnen. Außerdem konnte der Künstler durch das Darüberstreifen der abgebrannten Halme auf einem Papier Kohlespuren auf dem Blatt hinterlassen.

Die Landschaft, erinnert sich Kentridge, war nicht das, was sie auf den ersten Blick zu sein schien. Unter der Erde schlummerte stets Gefahr: In seiner Kindheit waren die Goldminen sehr viel näher an den Stadtrand gebaut. Das nötige Abpumpen des Wassers erzeugte Risse, die wiederum kleine Erdbeben hervorriefen. An manchen Orten hatte dies weitläufigere Konsequenzen, denn es entstanden



Stadtplan, 2011



Abgetragene Abraumhalden, 2011

Aushöhlungen unter der Erde, Erdfälle, wodurch manchmal Häuser und sogar ganze Plätze vom Boden verschluckt wurden: „[...]there was a terror of what was under the earth [...]“ Die Gegend um die Stadt Johannesburg war also für Kentridge eine unheimliche, schwer faßbare Landschaft, die eine Art Eigenleben hatte. „There was a sense of the city and the area around it having a threat and a danger. We have the sinkholes, we have the mine dumps which can collapse — all of which made for a city which was unstable“. Johannesburg wurde ein Ort, an dem sich Neues über Altes schreibt, so unbemerkt und selbstverständlich, als wäre es nie wirklich geschehen.

Kentridge arbeitet bei seinen animierten Kohlezeichnungen ebenfalls mit dem Prinzip des Überschreibens. Durch Radieren und Übermalen nimmt er an ihnen kleinste Veränderungen vor. Die Spuren der Radierung und daher der Schaffensvorgang bleiben als beabsichtigter Effekt sichtbar.

Anders als bei herkömmlichen Animationsfilmen wird also nicht ein Bild an das nächste gereiht, sondern das spätere Bild reagiert auf das frühere, wodurch das Radieren einen ähnlichen Stellenwert wie das Zeichnen einnimmt. Kentridges Arbeit ist so zum einen immer bereits vollendet und gleichzeitig in einem Stadium des Unfertigen.

In Johannesburg oder auch „Egoli“ („Stadt des Goldes“), wie sie auf Zulu genannt wird, ist die Landschaft nichts Fixes, Unveränderliches: Die Berge der Umgebung, weil sie eben künstlich sind und aus dem Schutt der Minen bestehen, waren dort, im Gegensatz zum herkömmlichen Verständnis eines Berges, nie ein Symbol einer gewissen Ewigkeit, sondern diese Abraumhalden waren vergänglich:

wenn der Goldpreis hoch genug war, daß sich die Verwertung der Rückstände lohnte, verschwanden sie umgänglich.

„Suddenly what one thought of as one’s landscape, as the solid bedrock of how one could organize who one was, or imagine who one was in space, started to disappear – literally: they would be erased. With excavators, and with jets of water, these mountains would be removed,“ so Kentridge, und was er dann hinzufügt, offenbart, wie sehr seine Arbeitsweise von Johannesburg geprägt ist: „In a way the city itself was showing me a kind of animation, a kind of erasure.“

Im Film *Other Faces* zeigt eine Szene genau dieses. Ein Hügel trägt sich bis auf einen Bereich, auf dem eine Autokino-Leinwand plaziert ist, ab. Eine als Gerüst dienende Stahlkonstruktion kommt dabei zum Vorschein und stürzt ebenfalls ein. Im weiteren Verlauf fällt der gesamte Hügel mitsamt der Leinwand zusammen und hinterläßt eine Staubwolke. Die Landschaft hat ein Eigenleben: „It has a life of its own, constantly evolving from one form to another, devouring remnants left for its consumption. It seems to have no conscience and acts as a continuous force of change indifferent to consequence.“ wie die Kunsthistorikerin Staci Boris so treffend bemerkt.

Felix in Exile (1994) zeigt eben diesen erbarmungs- und gewissenlosen Charakter der Topografie um Johannesburg: die Landschaft überschreibt sich, „verschluckt“ Leichen.

Zusammen mit der Topografie der Gegend ist bei *Drawings for Projection* die Geologie bedeutend. Die Abraumhalden, die als Nebenprodukt der Goldgewinnung schichtweise entstehen, sowie die im Bergbau freigelegten geologischen Schichten, werden darin oft thematisiert und als Metapher für das Verschütten von Erinnerungen oder für Bewußtseinsebenen im Sinne Freuds verwendet. Im *Weighing and Wanting* (1997) etwa finden sich Analogien zwischen den Schichten des Gesteins und jenen des Gehirns. Sohos Schädel zeigt eine Form, die sich mit jener eines großen Felsens deckt, der in der Landschaft steht. Interessanterweise wählt Kentridge auch das Bild eines großen unverrückbaren Felsen als Metapher für die Apartheid.

Kentridges narrative Technik, die ohne Storyboard funktioniert, erklärt er mit dem Begriff *Fortuna*, einem Zustand, von dem er sagt, daß er nichts mit Logik zu tun hat, aber auch nicht gänzlich den Zufall überlassen ist. Ausgehend aus einigen wenigen Ideen baut er seine Filme aus freien Assoziationen und schöpft aus dem Unbewußten, das alles in einem Prozeß, den er *stalking the drawing* nennt,

einem halbmechanischen Automatismus, der ihn auf den Weg zum Endprodukt die Inspiration bringt; dabei geht er zwischen dem Papier, das er an der Wand befestigt hat, und der Filmkamera, an der er einen Auslöser betätigt, hin und her.

Um sich für *Other Faces* inspirieren zu lassen, tauchte der Künstler selbst in die laute und bunte Welt von „*Little Addis Ababa*“ ein, um mit seiner Kamera Gesichter und andere Eindrücke zu sammeln. „*Little Addis*“ oder „*Little Ethiopia*“, wie das Viertel um Jeppe Street genannt wird, liegt im zentralen Johannesburg, Central Business District, dem ehemaligen Wirtschaftszentrum der Stadt, das Ende der 80er und Anfang der 90er Jahren von den Finanzkräftigen nach und nach verlassen, zusehends vernachlässigt und den Immigranten, vor allem aus Äthiopien, überlassen wurde.

Kentridge präsentiert Johannesburg als hybride Stadt in einem oszillierenden Rhythmus, das heißt in einem Wechsel zwischen zwei Extremen: etwa Geschäftigkeit und Hektik und einer Stille, die an Verlassenheit, Einsamkeit grenzt.

Für die amerikanische Psychologin Judith Hermann entspricht das beschriebene Alternieren den unterschiedlichen Phasen eines erlittenen Traumas, die als Versuch zu sehen sind, das verlorene Gleichgewicht wiederzufinden. Diese bestehen einerseits aus der intensiven Auseinandersetzung mit der traumatischen Erfahrung und andererseits aus ihrer Verdrängung. Auf gereiztes, impulsives Handeln folgte eine Dürre absoluter Gefühlslosigkeit. Die Abwechslung bei Bilddichte, Tonstärke und Geschwindigkeit zieht sich als grundlegendes Element durch alle *Drawings für Projection* und entsteht erst in der – im Gegensatz zur Ideenfindung gar nicht zufälligen – Montage.

Other Faces oszilliert nicht nur zwischen visueller und akustischer Fülle und Leere, sondern zwischen Zurückgezogenheit und Exponiertheit, Stillstand und Rasen. Die ruhige, private (Innen-)welt Sohos wechselt sich mit dem lauten, bunten, öffentlichen Treiben in den Straßen von „*Little Addis*“ ab. Die Szenen, in denen die Bewegungen der Flora und Fauna minimal sind und die Geräusche friedlich, stehen im starken Widerspruch zu den hektischen und aggressionsgeladenen Stadt-Sequenzen. Die Zusammensetzung der Bilder spiegelt den Rhythmus ihres Entstehungsortes wieder.

Nacheiner achtjährigen Pause, der vorletzte Film entstand 2003, entschied sich Kentridge dafür, den Fokus noch stärker als bei den anderen Filmen seiner Reihe auf seine



Anglo Boer Memorial, 2011

Heimatstadt zu legen. *Other Faces* ist paradigmatisch für den Einfluß von Johannesburg auf Kentridges *Drawings for Projection*: so ist die Stadt gleichermaßen Inspiration, Kulisse und Protagonist. Eine Stadt, die der Künstler radiert, überschreibt und in Bewegung setzt, und die für ihn stets im Begriff war, zu verschwinden.

Anna Schweighofer hat Kunstgeschichte an der Uni Wien studiert und schrieb ihre Diplomarbeit über William Kentridges „*Drawings for Projection*“.

Neu erschienen:

Stephanie Pongratz (Red.), *Johannesburg. Stadtentwicklung im Spannungsfeld sozialer Bedürfnisse und innovativer Ideen.*

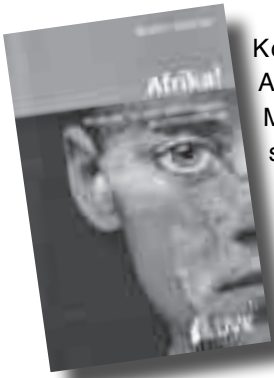
Dokumentation des SADOCC-Symposiums vom 18./19. November 2011 in Wien (Wien 2013).

Mit Beiträgen von Phil Harrison (Witwatersrand University, Johannesburg), Anna Lindner und Katharina Zerlauth (Wien), Peter Fattinger (Wien) und Peter Nigst (Spittal an der Drau).

Erhältlich bei SADOCC, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 oder office@sadocc.at nach Überweisung von € 8,- plus € 2,- Versand auf das Konto der Elfriede Pekny-Gesellschaft bei der BACA, BLZ 12000, Nr. 507 860 22463. IBAN: AT21 1200 0507 8602 2463 BIC: BKAUATWW

...bücher...

Martin Sturmer, **Afrika! Plädoyer für eine differenzierte Berichterstattung!** (München, UVK, 2013). 192 Seiten.



Das neueste Buch des Kommunikations- und Afrikawissenschaftlers Martin Sturmer befaßt sich mit der Frage, wie und aus welchen Gründen in den hiesigen (Print-) Medien über den Kontinent und seine Länder berichtet wird. Als Journalist in seinem selbstgegründeten *Service afrika.info* (<http://www.afrika.info>) tätig verfolgt er das Ziel, vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in der Auslandsberichterstattung und struktureller Zusammenhänge in der internationalen Medienberichterstattung die Notwendigkeit einer Verbesserung der Qualität in den Berichten über den Kontinent aufzuzeigen. Dabei gilt sein Interesse neben den bestimmenden Faktoren auch den Akteur/inn/en, die unser gegenwärtiges Bild prägen und – wie er zu veranschaulichen weiß – auch im Bezug auf afrikanische Gesellschaften laufend festschreiben.

Mit dem Label „Afrika“ versehen, vermitteln uns Reportagen wie Kurzmeldungen der außenpolitischen Redaktionen im deutschsprachigen Raum Bilder wie „*Hunger und Elend, das Rückzugsgebiet von machtgierigen Diktatoren, die Brutstätte von Kriegen und Gewalt*“. Interessant ist dabei, was nicht berichtet wird: Transformation und dynamische Prozesse in unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens werden in den Darstellungen zur Gänze

ausgeblendet. In den Darstellungen dominieren zwei Hauptgruppen von Akteur/inn/en: negativ oder passiv dargestellte Protagonist/inn/en aus dem jeweiligen afrikanischen Land sowie aktive, positiv repräsentierte ausländische Handelnde.

Das verständlich und pointiert geschriebene Buch ist praxisbezogen konzipiert und widmet sich zu Beginn einer Bestandsaufnahme der Auslandsberichterstattung im deutschsprachigen Raum zum afrikanischen Kontinent, die allgemein von einem schwindenden Interesse an einer qualitätsvollen Recherchearbeit, gepaart mit einem abnehmenden Interesse an Berichten aus afrikanischen Ländern, betroffen ist. Mit dem Ergebnis, daß sich deutschsprachige Medien auf Katastrophenmeldungen beschränken. Im zweiten Kapitel analysiert Sturmer die Inhalte des Afrikajournalismus, wobei er weniger auf historische Zusammenhänge im Detail als auf das Phänomen des beharrlichen Verhaftetseins in einer längst überholten Darstellungsweise afrikanischer Gesellschaften eingeht. In diesem Zusammenhang ist es dem Autor ein Anliegen – wenngleich der Versuch an der Oberfläche bleibt –, auch auf die Auswirkungen zu verweisen, die eine derart undifferenzierte Nachrichtenpolitik auf die bilateralen Beziehungen zwischen europäischen und afrikanischen Staaten auf vielen Ebenen wie auch im direkten Zusammenleben haben kann (S. 59).

Im dritten Teil werden anhand von zwei Beispielen aus Mali und der D.R. Kongo journalistische Selektionsmechanismen skizziert und die Analysemethoden medialer Einflüsse auf die Afrika-Rezeption erklärt. Ein eigenes Kapitel ist den Akteur/inn/en der Berichterstattung zu afrikanischen Ländern gewidmet.

Den Abschluß bildet das umfangreichste Kapitel des Buches, in dem die alternative Nachrichtenagentur *Inter Press Service IPS* in ihrer Konzeption, Organisation und mit ihren Arbeitsprinzipien vorgestellt wird (<http://www.ipsnews.net>). Die Agentur setzt ihren Schwerpunkt der Arbeit seit Jahrzehnten auf Journalist/inn/en, die von ihrem jeweiligen Wohnort direkt berichten und nicht aus der Distanz von mehreren tausend Kilometern. Einen detaillierten Einblick in die Zusammenhänge von Medienberichten und redaktioneller Arbeit bekommt man anhand des Praxisbeispiels *Salzburger Nachrichten*. Dabei zeigt Sturmer, wie pragmatisch-technische Gründe gleichbedeutend mit Ignoranz oder Berechnung als Hauptfaktoren zu dem bereits geschilderten Ergebnis in deutschsprachigen Medien führen. Es ist der Versuch, ein differenziertes Bild der Rahmenbedingungen und (strukturellen) Beschränkungen zu skizzieren, die für Journalist/inn/en von Auslandsredaktionen in ihrer Arbeit mittlerweile bestimmend sind. Gleichzeitig zeigt er auf, wo es Handlungsspielräume gibt, eine Veränderung der medialen Repräsentation afrikanischer Gesellschaften zu unterstützen.

Der abschließende Exkurs enthält statt einer Zusammenfassung seiner Schlußfolgerungen die Darstellung der medialen Resonanz auf die *Kony 2012-Kampagne*, deren Entwicklung wesentlich von einer ugandischen Journalistin international beeinflusst wurde. Für Sturmer sieht die Zukunft der Afrika-Berichterstattung die Einbindung von Journalist/inn/en vor Ort nach dem Vorbild von IPS vor.

Sturmerts Buch gibt einen breiten Überblick über die Medienpraxis, die internationale Nachrichtenarchitektur und ihre Akteur/inn/en. Obgleich der

Schwerpunkt freilich auf der kommunikationswissenschaftlichen Analyse liegt, hätte eine intensivere Auseinandersetzung mit der Konstruktion „Afrika“ und ihren kolonialen Bezügen die Absurdität der transportierten Bilder deutlicher gemacht (S. 46) und somit die Leser/inn/en deutschsprachiger Medien in die Diskussion stärker eingebunden. Auch hätte es meines Erachtens der Analyse keinen Abbruch getan, im Sinne eines differenzierten Afrikabilds nicht weiter im Fortschrittsdenken verhaftet zu bleiben (S. 11). Möglicherweise ist diese Darstellungsweise aber ein Ergebnis des Bestrebens, das gängige Bild vom Krisenkontinent zu kontrastieren.

Das Buch richtet sich an Studierende, Journalist/inn/en, Wissenschaftler/innen, NGOs mit einem Fokus auf afrikanische Gesellschaften wie auch Interessierte. Mit der Zielsetzung, den Leser/inn/en alternative Wege im

Journalismus aufzuzeigen und diese gemeinsam zu beschreiten, ist dieses Buch sehr gelungen.

Gabriele Slezak

Muepu Muamba (Hg.), **Moyo! Der Morgen bricht an. Stimmen aus dem Kongo** (Frankfurt am Main, Brandes&Apsel, 2013). 297 Seiten.

Gleichsam als einen Rückblick auf das 50. Unabhängigkeitsjubiläum der Demokratischen Republik Kongo hat der Herausgeber hier eine Collage verschiedenartiger Texte kongolesischer Autorinnen und Autoren vorgelegt.

Muepu Muamba ist selbst Schriftsteller und Dichter aus dem Kongo. 1976 gründete er zusammen mit einem Freund in Kinshasa den Verlag *Les Presses Africaines*, dessen kritische Produktion schon bald zur Konfrontation mit dem damaligen Diktator Mobutu führte. 1979 sah sich

Muamba gezwungen, seine Heimat zu verlassen, und ging – da mehrere afrikanische Staaten ihm Exil verweigerten – zunächst 1984 nach Frankreich, einige Jahre später nach Deutschland, wo er bis heute in Frankfurt lebt.

Die in *Moyo!* – einer verbreiteten Grußformel im Kongo – versammelten Texte wurden mit einigen Ausnahmen neu für den Sammelband geschrieben. Ihre Autorinnen und Autoren streifen Bereiche wie Politik und Gesellschaft, Literatur, Kunst und Kultur. Sie geben einen breit gefächerten Einblick in die Vielschichtigkeit der Entwicklung im Kongo – eines Staates, der in Europa häufig ja nur als „Bürgerkriegsland“ wahrgenommen wird. Muamba lädt dazu ein, auch den „unbekannten“ Kongo kennenzulernen und sich von der Vitalität und Kreativität seiner Künstlerinnen und Künstler inspirieren zu lassen.

Geschützte Marken:

Rooibostee – südafrikanisch oder französisch?

Die Außenhandelspolitik der EU wird immer absurder: Nun will sich ein französisches Unternehmen die Exklusivrechte für die Vermarktung des *Rooibostees* in Frankreich sichern. Dies ist rechtlich möglich durch ein Handelsmarkensystem, in dem EU-Mitgliedsstaaten ihre Produkte schützen lassen können. Südafrika versucht dies zu verhindern. Immerhin ist die beliebte Teesorte ein wichtiges Exportprodukt. Der Tee ist koffeinfrei und reich an Antioxidanten und Mineralien. Traditionell wächst die Pflanze in den Zederbergen, 250 km nördlich von Kapstadt. Aufgrund ihrer Eigenschaften für die Gesundheit nimmt die Nachfrage nach den Blättern kontinuierlich zu.

Die Angelegenheit wird bereits auf diplomatischer Ebene zwischen der EU und Südafrika zu einer Zeit verhandelt, in der sich beide Seiten um den Abschluß eines weitreichenden und seit mehr als zehn Jahren überfälligen Handelsabkommens bemühen. Obwohl China der größte Handelspartner Südafrikas ist, spielt die EU für

das afrikanische Land eine größere Rolle, was den Wert des Warenaustauschs anbetrifft.

Der EU-Botschafter in Pretoria, Roeland van de Geer, hat in einer Pressemitteilung im März bestätigt, vom südafrikanischen Handels- und Industrieminister Rob Davies (INDABA 77/13) auf den Schutz südafrikanischer Nahrungsmittelnamen angesprochen worden zu sein. Die Anfragen betrafen neben dem Rooibos- auch andere Teesorten sowie Lämmer aus der Karoo-Wüste.

Es gebe noch eine Vielzahl weiterer schützenswerter südafrikanischer Produkte wie das Fleisch von Straußen und Springböcken oder den *Amarula*-Likör aus der *Marula*-Frucht, meint der Handelsberater Francois Dubbelman. Andere afrikanische Länder wie Moçambique, Botswana und Namibia könnten ebenfalls von ihren Garnelen, ihrem Rindfleisch und ihren Austern profitieren. „*Es ist wichtig für Südafrika, den Weltmarkt zu durchdringen. Und wir müssen uns unbedingt nach Nischenprodukten wie Rooibos umsehen. Damit läßt sich Geld verdienen. Rooibostee ist wichtig für die ländliche Wirtschaft, und weil er gesund ist, gibt es auch einen wachsenden Markt.*“

John Fraser (IPS)

... sadocc news ...

Fundraising für Schwimmprojekt.

Mit einem erfolgreichen Charity-Dinner im Gemeindesaal der *Evangelisch-Reformierten Pfarre Schweglerstraße* in Wien 15 erreichten am 19. April 2013 die Aktivitäten der SADOCC-Südafrikagruppe zur Unterstützung des Schwimmprojekts ihren Abschluß. Wie berichtet (INDABA 76/12) unterstützt SADOCC mit Förderung des österreichischen Sportministeriums den südafrikanischen Schwimmverband, SWIMSA, bei der Organisation von Schwimmunterricht in zwei Schulen in der Provinz KwaZulu/Natal. Dadurch soll ein Beitrag zur Förderung des Breitensports und zur Verbesserung der Gesundheitssituation der Jugend in Südafrika geleistet werden. Mit der erfolgreichen Charity konnte SADOCC den letzten Teil der erforderlichen Eigenmittel aufbringen. Das Projekt wird derzeit abgeschlossen, einen ausführlicheren Bericht bringen wir voraussichtlich im nächsten Heft.



Musikerziehung für Straßenkinder in Namibia. Teilnehmer/innen der Studienreise der Österreichischen Namibia-Gesellschaft besuchten im März d. J. das *Arts Performance Centre* in Tsumeb, eine von der Schweizer Musikpädagogin Lis Hidber vor zehn Jahren gegründete Musikschule für Straßenkinder und Aidsweisen (<http://www.apcnamibia-lis.ch/>).

Zusätzlich zur schulischen Ausbildung haben Kinder und Jugendliche

Würdige Grabstätte

Die von Österreich restituierten sterblichen Überreste des Ehepaars Klaas und Trooi Pienaar (INDABA 74/12) wurden – wie berichtet – am 12. August 2012 in Kuruman in der Northern Cape Province Südafrikas bestattet. Staatspräsident Jacob Zuma ging dabei ausführlich auf die Aktivitäten des österreichisch-ungarischen Anthropologen Rudolf Pöch und die Geschehnisse, die zur Restitution geführt hatten, ein; ausdrücklich dankte er SADOCC („comrades from the former Anti Apartheid Movement“) für sein Engagement



(eine kurze Reportage vom Begräbnis ist im Internet unter <http://www.youtube.com/watch?v=p8rleownb8U> zu sehen, Zumas Rede im Wortlaut findet sich unter <http://www.info.gov.za/speech/DynamicAction?pageid=461&sid=29756&tid=79575>).

Nun erreichen uns erste Fotos vom Grab der Pienars auf dem Friedhof von Kuruman, das in einem lokal gebräuchlichen Stil gestaltet ist.

hier die Möglichkeit, an den Nachmittagen ein Musikinstrument zu erlernen bzw. gemeinsam mit anderen zu musizieren und zu tanzen. Über den Unterricht hinaus bietet APC für die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommenden Kinder eine Möglichkeit zur sozialen Integration in einer Gemeinschaft von Gleichaltrigen. Mittlerweile bestehen drei solche Zentren in verschiedenen Landesteilen Namibias (Oshikuku, Tsumeb und Otjivarongo).

Im Gespräch mit den Musiklehrerinnen und -lehrern (alle frühere Schüler/innen der Einrichtung) wurde u. a. der Mangel an Musikinstrumenten und Noten als eine Schwierigkeit angesprochen; den meisten Kindern und Jugendlichen ist es z. B. nicht möglich, zu Hause mit Instrumenten zu üben.

Die ÖNG möchte die Musikschule unterstützen und ersucht daher um Spenden von Instrumenten und Noten (in gutem Zustand). Die Instrumente werden im Frühherbst in Zusammen-

arbeit mit der Vorarlberger Firma OMICRON nach Tsumeb transportiert werden.

Wenn Sie die musikalische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Namibia auf diese Weise unterstützen wollen, wenden Sie sich bitte an die Koordinatorin der Aktion, Mag. Elisabeth Beer (elisabeth.beer@aon.at).

Zu Besuch bei SADOCC. Kelly Mitchelo SJ (Chikuni/Zambia); Christian Vandersee, Basler Afrika-Bibliographien (Basel/Schweiz), Hans Heese (Stellenbosch/Südafrika).



Katharina Schabasser (Kindernothilfe), Hans Gattringer (SADOCC), Kelly Mitchelo

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

**Viermal jährlich informiert unsere Zeitschrift
INDABA über das aktuelle Geschehen im
Südlichen Afrika: Politik – Wirtschaft –
Umwelt – Gesellschaft – Kultur. Seit 1994.**

**Wir bringen Interviews mit Politikern.
Erfahrungsberichte aus der
entwicklungspolitischen Praxis. Thematische
Reiseberichte. Einblicke in die Geschichte und
Szenarien für die Zukunft.**

**Die Unterstützung unserer Leserinnen
und Leser wird dieses spannende Projekt
weiterhin ermöglichen.**

**Wir appellieren an Sie: Abonnieren Sie
INDABA. Werben Sie neue Abonnent/inn/
en für INDABA. Treten Sie SADOCC als
unterstützende Mitglieder bei. Wir brauchen
Ihre Solidarität – jetzt!**

**Wir ersuchen Sie um Einzahlung von Euro
13.- (Abo) bzw. Euro 22.- (Mitgliedsbeitrag
inkl. Abo) auf unser Konto Bank Austria,
BLZ 12000, Kto-Nr. 610 512 006. IBAN AT
571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.**

**Vielen Dank – im Namen der
Menschen im Südlichen Afrika!**

